

Danziger Nachrichten

Der Arbeiter-Gesangverein Sangergrub

veranstaltet am Sonntag, den 25. Februar, in der Ostbahn in Ddra ein Vereinsfest. Das reichhaltige Programm steht eine Fulle gediegener Darbietungen vor. Frauen-, Männer- und gemischte Chöre der Vereinsgenossen werden das unter der führenden Leitung gute gefangene Können unserer rbeiterjunger zeigen. Theatralische Vorfuhungen, darunter das Niederpiel Hermann und Dorothea, sind weiter vorgesehen. Der reichhaltige musikalische Teil wird von der Kapelle des Landsturm-Ersatz-Bataillons Chemnitz ausgeführt. Für gutes Konzert ist dadurch bestens gesorgt. Die Veranstaltungen unserer Sänger erfreuen sich stets schon besonderer Beliebtheit. Vorwiegend aus diesem Grunde mußten auch sie deshalb die geräumigen schönen Säle der Ostbahn aussuchen. Einer speziellen Empfehlung dieses Festes bedarf es somit eigentlich nicht. Jeder Freund unserer Bewegung und des Gesanges...

Schrankte Zahl von Karten erhält. Helfen kann gegen diese Zustände nur die Durchführung des von uns wiederholt empfohlenen Vorschlages, die Karten durch Vermittlung der Organisationen abzugeben. In dieser Zeit sollte es nicht unmöglich sein, wenigstens einen Versuch in dieser Richtung zu machen. Die erhebliche Vermehrung der Volksvorstellungen wird unter allen Umständen vorgenommen werden müssen, um dem starken Bedürfnis wenigstens einigermaßen zu genügen. Bei dem jetzigen Verfahren des freien Verkaufs ist es auf, das Recht, für die die Volksvorstellungen mindestens nicht in erster Linie bestimmt sind, sie in nicht geringem Umfange besuchen. Das ist ein keineswegs erwünschter Zustand.

Auf dem bisherigen Spielplan der Volksvorstellungen standen: Minna von Barnhelm, Das Nurnbergisch Ei, der Herr Senator, Othello und Hasemanns Töchter. Diesmal bringt das Programm die bekannte Operette von Johann Strauß Der Zigeunerbaron. Der Wert des Stückes ist bekanntlich...

lauf an Hausgewerbebetriebe freigegeben, mindestens jedoch 25 Kilogramm. Als Bedingung der Freigabe ist die Vorbedingung geblieben, daß der Verkaufspreis der einzelnen Sorten nicht höher bemessen wird, als der zuletzt vor dem 31. Dezember 1915 von demselben Verkäufer erzielte Verkaufspreis.

Weitere Freigaben von Strickgarnen sind für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht genommen worden; Einzelanträge auf Freigabe können jedoch nicht berücksichtigt werden. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den bezuglichen amtlichen Stellen einzusehen.

Die besten östlichen Kriegsernahrungs-Einrichtungen soll nach einer lobenden Mitteilung der Danziger Zeitung ein Offizier des Berliner Kriegsamtes nach einer amtlichen Beurteilung des Dienstes in Danzig festgestellt haben. Er soll eine entsprechende Anerkennung ausgesprochen haben. — Wenn die Äußerung des Offiziers nicht irrtümlich aufgefaßt worden ist, so kommt in erster Linie in Frage, wo die östlichen Orte er...

Die Aussichten der Gegner

Von Richard Gahle, Oberst a. D.

Auf allen Kriegsschauplatzen herrscht seit geraumer Zeit eine strenge Kälte, die sich zu ungewöhnlicher Härte gesteigert hat. Im Nordosten fanden sich Kaltgrade von 30, 34 und 38 Grad Celsius. Daß diese langandauernde, außerordentliche Kälte die Unternehmungslust beeinflusst und jedenfalls Angriffs-handlungen größerer Ausdehnung in hohem Maße erschwert, ist klar. Der Schutz der Mannschaft gegen den Frost wird schwierig und daher auch die Handhabung der Waffen, deren Treffsahigkeit leidet.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz hat dementsprechend eine fast völlige Winterruhe in der ganzen Ausdehnung der Front geherrscht, die sich nunmehr von der Ostsee südwestlich Riga bis zum Schwarzen Meere am südlichsten Mundungsarme der Doraun erstreckt. Nur an der Na, nordwestlich Mitau haben sich noch einige Nachzudungen der vorangegangenen großen Kämpfe gezeigt.

Im allgemeinen mußt man aber anerkennen, daß die Winterruhe nicht zum Winterschlaf geworden ist. Unaufhörlich sind hüben und drüben kleinere Abteilungen vorgetrieben worden, um die feindlichen Stellungen zu prüfen und Gefangene heimzubringen. Hier von sind unsere eigenen und die verbündeten Truppen besonders tätig gewesen. Das gilt gleichzeitig auch für die mazedonische Front und für die italienische Grenze Oesterreich-Ungarns. Abteilungen unserer Verbündeten sind wiederholt am Sponzo wie an der Kärntner Front in die Gräben des Gegners eingebrochen und mit Beute zurückgekehrt. Cadorna häuft inzwischen Truppen und Geschütze in und hinter seinen Linien an, Italien arbeitet, um aus seinem Mannschaftsbestand neue Verstärkungen zu gewinnen; zu einem zehnten Angriffe gegen die Sponzofront aber hat man sich noch nicht aufgerafft. Die überlegene Wirkung der ostereichisch-ungarischen Artillerie mag zu dieser Zurückhaltung einige beitragen; im übrigen wird man aber nach den Konferenzen von Rom und Petersburg annehmen dürfen, daß die Gegner ihren Fruhjahrsangriff diesmal möglichst gemeinsam und gleichzeitig antreten werden.

Aus Frankreich dringen neuerdings Stimmen zu uns herüber, die einer Verschiebung der großen Offensive das Wort reden, bis man über die Pläne Hindenburgs besser unterrichtet sei. Kein besseres Zeichen gibt es für die Abhängigkeit des Gegners von dem Geschehe, das unsere Kriegsführung ihm vorschreibt, aber auch von dem Geheimnis, mit dem die Kunst unsers Feldherrn seine Pläne zu verbeden weit. Das ausgedehnte Rundschafsystem der Gegner und die Koheit, mit der sie unseren Gefangenen durch den Revolver und durch schmähliche Behandlung Ausagen zu erpressen suchen, scheinen glücklicherweise noch kein Loch in den Schleier gerissen zu haben, der seine eigenen Absichten verbullt.

Im übrigen bleibt es bezeichnend, daß die Franzosen mehr und mehr, auch im Parlamente, nach einer Erhöhung des englischen Einsatzes in das gemeinsame Glücksspiel rufen. Lloyd George hat sicher recht mit der Behauptung, daß England bisher am wenigsten unter dem Kriege gelitten habe, aber Frankreich begreift mehr und mehr, daß seine größere Leistung zugleich seine Volkskraft unterhöhlt, seine Zukunft gefährdet. Es scheint denn, daß das englische Heer sich langsam und allmählich mehr in die französische Front einschleibt; wenigstens sind neuerdings Engländer auch südlich der Somme von unserem Heeresberichte festgestellt worden. Glücklicherweise dürfen wir nach wie vor annehmen, daß die militärische Leistungsfähigkeit Englands engere Grenzen findet als bei den Festlandsstaaten. Selbst wenn wir von dem Hate der 4 1/2 Millionen Irlands absehen, nehmen Flotte, Schifffahrt, Bergbau und Industrie, die für die Verbündeten mitarbeiten müssen, einen gerade jetzt nur schwer zu verringernenden Bruchteil der männlichen Bevölkerung in Anspruch.

An diesem Punkte gewinnt unser verschärfter U-Boot-Krieg unleugbar auch Bedeutung für die kriegerischen Entscheidungen zu Lande. England mußt versuchen, mit größter Entschlossenheit seinen überseeischen Handel aufrecht zu erhalten; je mehr Schiffe ihm versenkt werden, je mehr Seeleute ihm dabei so oder so verloren gehen, desto weniger kann es seine Schifffahrt treibende Bevölkerung für die Zwecke des Vandalenkrieges verfügbar machen, desto schwieriger wird die Zufuhr von Waffen, Schiebedarf, Eisenerzen aus dem Auslande werden. Daß auch die Ernährungsschwierigkeiten außerordentlich wachsen werden, und daß die Ueberführung seiner Truppen und Vorräte nach Frankreich größeren Schwierigkeiten als vordem begegnen mußt, sei nebenher erwähnt — aber es wird nicht die schwächste Wirkung des U-Boot-Krieges sein.

Kein verkandiger Mensch wird den Ernst der Lage verkennen, die sich auch für uns aus dem Bruch mit Amerika nicht fern begnunener sie auf die leichte Achsel nehmen...

Wenn unsere wadern Besatzungen der in amerikanischen Häfen liegenden, mit Beschlagnahme bedrohten Schiffe sie rechtzeitig unbrauchbar machen, so ist das eine Tat, die wir ihnen danken wollen. Denn die eigene Handelsflotte Amerikas ist gering. Im übrigen aber ist die unmittelbare militärische Unterstützung, die die Vereinigten Staaten im schlimmsten Falle unseren Gegnern gewähren können, in absehbarer Zeit außerstande, ein wesentliches Gewicht in die Waagschale der Entscheidung zu werfen. Selbst wenn sie ein nennenswertes Heer besäßen, wären die Schwierigkeiten der Ueberführung nur schwer zu bewältigen. Aber sie besitzen solche Streitkräfte nicht und müssen sie sich erst schaffen; ihre Einmischung in die mexikanischen Angelegenheiten hat ihre kriegerische Kraft auf keiner stolzen Höhe gezeigt.

Das amerikanische Heer, das sich bis jetzt durch freiwillige Werbung ergänzte, besaß im Jahre 1914 eine Stärke von rund 90 000 Mann. Die Kompagnien waren sehr schwach, höher Verbände als das Regiment bestehen nur auf dem Papier, darum ist auch die Schulung für einen festlandlichen Krieg trotz den wertvollen Eigenschaften des einzelnen Soldaten nur gering. Neben dem regulären Heere und zu dessen Verstärkung im Kriege bestimmt, wird eine gleichfalls auf die Freiwilligkeit gegründete organisierte Miliz unterhalten, deren tatsächliche Stärke, geringer als die gesetzliche, auf 12 000 Mann zu veranschlagen ist. Ihre Ausbildung und ihre Manneszucht sind noch schwächer als die des regulären Heeres, der Mann wird zu 24 Einzelungen im Jahre und zu funfstagigen Uebungs-lagern einberufen. Daneben besteht dann eine Reservemiliz aus allen waffenfähigen Bürgern, die auf 15 Millionen Mann geschätzt wird, aber ohne jede militärische Ausbildung ist. Sie kann zwar im Falle nationaler Gefahr mit Zustimmung des Kongresses zu zweijährigem Dienst einberufen werden, doch rechnen man in erster Linie auch bei ihr auf freiwillige Werbung. Welche Resultate diese ergeben würden, falls Amerika in den Weltkrieg eintreten sollte, wird zum erheblichen Teile auch von der Stimmung der Deutsch-Amerikaner und der Iren abhängen. Bei der großen Schwäche des Bestandes an Stimmen insbesondere an ausgebildeten Offizieren und Unteroffizieren, wird eine lange Zeit vergehen, ehe die so gewonnenen Massen kriegerischen Wert erhalten.

Außerdem würden die Vereinigten Staaten die volle Leistungsfähigkeit ihrer Fabriken anspannen müssen, um zunächst einmal das eigene Heer mit Waffen, Schiebedarf, Ausrustungsstucken und Wagen zu versehen. Um so geringeren Wert besäßen sie für die Versorgung unserer anderen Feinde, die nur durch die amerikanischen Lieferungen instand gesetzt worden sind, den Krieg bis zur gegenwärtigen Stunde durchzuführen.

50 Jahre Reichstagswahlrecht

Am 12. Februar sind fünfzig Jahre verflossen, seit der erste deutsche Reichstag, der Reichstag des Norddeutschen Bundes, gewählt wurde. Das von der Achtundvierziger Revolution übernommene, von Lassalle unermüdlich propagierte allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht war der große Triumph, den Bismarck gegen Oesterreich ausgespielt hatte. Im Zeichen des gleichen Wahlrechts wurde der Krieg von 1870/71 geführt, entstand das neue Deutsche Reich, undete sich das feste Gefüge des Staatenbaues, das nun zweieinhalb Jahre lang einem Weltsturm trotzt.

Heute ist es so stark geworden, daß niemand daran denken kann, es zu entwurzeln. An Gegnern hatte es ihm auf seinem Werdegang aber nicht gefehlt. Bismarck selbst hatte sich mit dem Gedanken getragen, den Sozialdemokraten und womöglich noch anderen oppositionellen Gruppen das Wahlrecht wieder zu entziehen, und auch in der neuen Aera wurde die reaktionäre Gegnerschaft gegen das Volkswahlrecht so stark, daß manchmal der Entscheidungskampf darum nur noch eine Frage der Zeit schien. Auf der anderen Seite waren es über-radiante Elemente, die an der Parlaments-,spieleser! keinen Gefallen fanden, sondern die große Verbundung lieber von „direkten Aktionen“ erwarteten. Beide Gegnerschaften sind im Laufe der Zeit gegenstandslos geworden.

Die reaktionären Gegner des gleichen Wahlrechts sind längst durch den Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht in die Verteidigung, auf einen verlorenen Posten zurückgedrängt. Der antiparlamentarische Putzschismus mag sich hier und dort noch einmal theoretisch rühren. Nur daß seine Theorien stets am harten Fels der Tatsachen scheitern werden, wie sie schon Friedrich Engels in seiner Vorrede zu den „Klassenkämpfen in der französischen Revolution“ (1895) festgestellt hat, als er schrieb:

Die Zeit der Ueberwumpelungen, der von kleinen bewußten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Um-

gestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie eintreten sollen. Das hat uns die Geschichte der letzten 50 Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, andauernder Arbeit.

Engels rühmte es als einen Vorzug des gleichen Wahlrechts, daß es „uns genau unterrichtete über unsere eigene Stärke wie über die aller gegnerischen Parteien und uns dadurch einen Maßstab für die Proportionierung unserer Aktion lieferte“, daß es „uns vor unzeitiger Jaghaftigkeit ebenso bewahrte, wie vor unzeitiger Tatfahigkeit.“

Das Wort von der langen, ausdauernden Arbeit hätte schon der beginnenden Tätigkeit der Sozialdemokratie vor 50 Jahren vorangestellt werden können. Indem sich die Partei in ihren beiden damaligen Zweigen, Lassalleaner und Eisenachern, an den ersten Reichstagswahlen beteiligte, tat sie den ersten entscheidenden Schritt auf der Bahn, auf der sie seitdem weitergegangen ist, und die sie nicht mehr verlassen konnte, ohne bis hinter ihren Ausgangspunkt zurückzugehen.

Die Wahlen vom 12. Februar 1867 brachten die schmerz-liehste Enttäuschung, die furchtbarste Ernüchterung. Ganze 40 000 Stimmen waren den Lassalleanern zugefallen, 15 000, höchstens 18 000 den Eisenachern! Der Millionendruck der „reaktionären Masse“ legte sich hemmend und lähmend auf alle Aktionslust. Man war ausgezogen in der Hoffnung, binnen kurzem die Welt zu erobern und hatte gerade soviel Kraft ausgebracht, um zwei Sitze im neuen Reichstag zu besetzen! Nur ein felsenfester Glaube an die Zukunft konnte diesen Schlag überwinden, und auch er nur, wenn er sich paarte mit „langer, ausdauernder Arbeit“.

Un der hat es nun in den letzten fünfzig Jahren wahrlich nicht gefehlt, und allmählich sah sie ihre Früchte reifen. Aus den kaum 60 000 sozialdemokratischen Wählern waren 45 Jahre später 4 1/2 Millionen geworden, ein Drittel der Wähler im ganzen Reich.

An eine Revolution „bewußter Minoritäten an der Spitze bewutloser Massen“ konnte kein Mensch mehr im Ernst glauben. So phantastisch hoch die Stimmenzahl gegen über früheren Zeiten erschien, so wirkte sie doch „als Maßstab für die Proportionierung unserer Aktion“, der vor „vorzeitigen Tatfahigkeiten“ nachdrücklich warnte. Wenn zwei Drittel der Wähler sich bei einer geheimen Abstimmung auf die Seite der Gegner schlugen, so konnte die Sozialdemokratie nach ihren eigenen demokratischen Grundfahen für die Gegenwart noch keinen Herrschaftsanspruch anmelden. Es blieb bei der langen, ausdauernden Arbeit, und Jahre, vielleicht Jahrzehnte schienen noch nötig, um den Bloß bis zum Gipfel zu rollen.

Da kam der Krieg. Die deutsche Sozialdemokratie hatte in diesem Augenblick das Recht, auch an sich selber zu denken, denn sie ist der Ueberzeugung, daß die Zukunft des Volkes bei ihr ruht. Sie hatte das Recht, die Kriegstrage unter dem Gesichtswinkel zu betrachten, welche Haltung der Partei dem fünfzig-jährigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus am forderlichsten sei. Denn von diesem Sieg erhofft sie für das deutsche Volk und alle Völker der Welt größeren Gewinn als von irgendeinem anderen! Und so war es nicht nur der gesunde Instinkt, der der Partei in diesem großen Augenblick den Weg zu den übrigen Volksgenossen wies, die gleiche Not mit ihr teilten, es war auch die ruhige politische Ueberlegung, die sich sagte, daß man hier vor der Entscheidung stand: Entweder mit dem deutschen Volk hinauf zur Macht oder gegen das deutsche Volk wieder hinunter in den Abgrund der Ohnmacht!

Das allgemeine Reichstagswahlrecht ist in fünfzig Jahren der Grundstock unserer politischen Volksentwicklung geworden. Es hat ganz anders gewirkt, als die Reaktionäre von rechts erwarteten. Unter seiner Herrschaft vollzieht sich der Fortschritt nicht in gewalttamem Umschwung, aber in tiefen Umwälzungen unaufhaltbar. Eine dieser Umwälzungen ist diesen erst mit dem Ausbruch dieses Krieges zum Bewußtsein gekommen. Das Reichstagswahlrecht, das jedem seinen Anteil an der Wahl der deutschen Volksvertretung gibt, hat das Geful der Zusammengehörigkeit zwischen dem Reich und jedem seiner Bürger unendlich gestärkt. In England singt man ein Wahliied, in dem es heißt: „Warum sollten wir Bettler sein mit dem Stimmzettel in der Hand?“ Ja, der Stimmzettel ist richtig verwendet, eine Umweilung auf den gerechten Anteil, den jedermann an seinem Vaterlande haben soll. Diese Erkenntnis und die Hoffnung auf Erfüllung seiner Ansprüche an die Zukunft hat das Volk in seiner Not so stark gemacht.

Und daran, daß es so geworden ist, hatten wir Sozialdemokraten, schon lange ohne es selbst zu wissen, den stärksten Anteil. Jeder sozialistische Wahlredner, der das in diesen fünfzig Jahren den Massen sagte, was dieses Reich für sie ist, und was es für sie werden soll, hat ihnen zugleich auch klar gemacht, was das Reich für sie bedeutet. Was aber in diesen fünfzig Jahren durch unsere Arbeit geworden ist, wollen wir nicht

Eine öffentliche liberale Versammlung

wurde am 2. Februar im Danziger Hof unter starker Beteiligung abgehalten. Den Vortrag hielt der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Weinhausen. Er beschäftigte sich hauptsächlich mit den Verhältnissen der Kriegstage. Fragen innerpolitischer Art, die damit nicht unmittelbar in Beziehung stehen, berührte er nicht. So hörte man auch nichts von den Wünschen der heiligen-Liberalen und ihres Abgeordneten zur Aenderung des p. euzischen Wahlrechts. Bei früherer Gelegenheit hat Weinhausen die von dem Verfahren anderer Großstädte erheblich abweichende Danziger Fürsorge für die Angehörigen der Krieger wenigstens gestreift. Diesmal äußerte er sich auch dazu nicht. Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, die ihr Einverständnis mit dem verschärften U-Boottkrieg und den übrigen Kriegsmahnumen ausdrückt.

Wärmehallen

sind leider in Danzig eine noch immer unbekannte Erscheinung. Auch die zum härtesten Frost steigende Kälte der letzten Wochen hat städtische Wärmehallen hier nicht entstehen lassen. Bei dem ersten Kohlenmangel, der gerade bei dem stärksten Frost eintrat, hätte diese Hilfe nicht unterlassen werden dürfen. Wir konnten längst mitteilen, daß die Stadt Thorn für Heimarbeiter und Mütter mit Kindern Wärmehallen zur Verfügung stellte. Sie wurden blühend zur Verfügung gestellt. Ebenso scheiterten zwei weitere Angriffe, die die Engländer an der gleichen Stelle versuchten; gegen 11 Uhr wurde ein englischer Angriff östlich Grandcourt von einem englischen Bataillon, durch eine große Zahl von Maschinengewehren verstärkt, vorgebracht. Bei diesem Angriff kam es zu erbitterten Kämpfen, wobei ein Offizier und über 30 Mann in den deutschen Händen blieben. Die Angriffe scheiterten vollständig. Hieraus verjagten die Engländer noch zwei Angriffe mit verstärkten Kräften. Etwas nach Mitternacht drangen sie in Schneezugängen nach wütenden Handgranatensämpfen in die deutschen Gräben ein, wurden jedoch durch einen mit großer Wucht vorgebrachten Gegenstoß mit schweren Verlusten an Toten, Verwundeten und Gefangenen wieder geworfen. Um 4 Uhr morgens versuchten die Engländer ihren sechsten und letzten Angriff in dieser Nacht. Dieser Angriff brach indessen bereits im deutschen Sperrfeuer zusammen. Die deutschen Truppen haben sich bei dieser Reihe englischer Angriffe mit hervorragender Tapferkeit geschlagen und dem Feinde außerordentlich schwere Verluste beigebracht.

Rege Fliegerätigkeit

Fliegerangriff auf Karlsruhe

Amlich wird aus Berlin gemeldet: In der Nacht vom 9. zum 10. Februar war an der Westfront die Tätigkeit unserer und der feindlichen Flieger sehr rege. Deutsche Geschwader belegten mit ausgezeichnetem Erfolge den Bahnhof von Aveling bei Albert mit 1500 Kilogramm, den Ostbahnhof von Amiens mit 3300 Kilogramm Bomben. Infolge des Angriffs brach auf letzterem ein Brand aus, der an den dort aufgestapelten großen Vorräten immer erneute Nahrung fand. Der gewaltige Feuerchein war noch um 7 Uhr morgens weit hin zu sehen. Andere Geschwader verurteilten durch ihren Bombenwurf Brände in den Barackenlagern von Boyart und Gellust. Die Industrieanlagen von Neuve Maison wurden erneut mit über 2000 Kilogramm Sprengstoff beworfen, die von Pompey mit 300 Kilogramm. Ein weiterer nächtlicher Flugzugangriff richtete sich gegen den Flughafen und die Luftwaffenkaserne von Epinal die mit 600 Kilogramm Bomben eingedrückt wurde.

Demgegenüber unternahmen die Gegner mehrere Nachtflüge in das lothringische Becken und Saargebiet. Der durch diese Flucht angezielte Schaden ist jedoch ganz unerheblich. Dieser Abwehrkampf zwang bei Differenzen einen der nächsten Angreifer, einen französischen Ferner-Doppeldecker, zur Erde. Das Flugzeug ist zerstört, die Insassen, Unterleutnant Dautron und Kavarrat Bourgeois, beide tot.

Eine neue Schmach haben die Franzosen durch einen in der gleichen Nacht auf die offene Erde Karlsruhe unternommenen Angriff auf sich geladen. Die traurige Tat unternahm ein Flugzeug, das einige Bomben auf die friedliche Stadt schied. Drei Bürger wurden dadurch verletzt. Der angerichtete Sachschaden ist bedeutungslos.

Am Tage des 10. Februar schossen darauf unsere Flieger drei feindliche Flugzeuge in Brand. Das eine stürzte in der Gegend von La Bassée brennend nieder, die anderen beiden zerfielen an der Sommerfront.

1002 feindliche Flugzeuge vernichtet

Amlich wird aus Berlin gemeldet: Vom Ausweis der im deutschen Heeresbericht aufgeführten Luftverluste haben die deutschen Flieger- und Beobachtungsstationen seit Kriegsbeginn über 1000 feindliche Flugzeuge zerstört, einzeln gerechnet bis Ende Januar 1917. Davon sind nur die an der West- und Ostfront heruntergefallen englischen, französischen und russischen Flugzeuge gezählt. Italien und Türkei mit ihrer nicht unerheblichen Fliegerei wurden hier nicht eingeschlossen. Die Bedeutung dieser günstigen Zahl wird noch eindringlicher, wenn man sich klar macht, daß diese 1002 Flugzeuge 197 feindlichen Geschwadern (zu sechs Apparaten) entsprechen. Ferner sind dabei eine 1700 feindliche Flieger außer Gefecht gesetzt und etwa 50 feindliche Luftkessel an Maschinen vernichtet worden.

Im einzelnen legt sich die Gesamtzahl folgendermaßen zusammen:

1914/15	163 Flugzeuge.
1916	784
Januar 1917	55

zusammen 1002 Flugzeuge.

Die feindlichen Verluste an Kriegsschiffen

Zus Berlin wird uns gemeldet: Die gesamten Verluste unserer Gegner an Kriegsschiffen betragen bis jetzt auf 323 535 Tonnen. Nicht eingerechnet sind dabei Hilfskreuzer und Hilfschiffe. Diese Gesamtzahl übersteigt die der gesamten französischen Flotte zu Beginn des Krieges, die die britische Seemacht der Welt ist um 100 000 Tonnen.

auch eine Urkundenfälschung begangen haben. Der Angeklagte entschuldigte sich damit, daß er bei dem geringen Gehalt von zunächst jährlich 1800 Mark bei freier Wohnung mit seiner zahlreichen Familie nicht auskommen konnte. Auch die spätere Steigerung auf 2400 Mark gewährte ihm bei seinen sechs Kindern im Alter von 2 bis 16 Jahren nicht das genügende Auskommen. Er habe daher Schulden machen müssen und sei durch seine Gläubiger bedrängt worden. Daher habe er die Straftaten unternommen. Die Urkundenfälschung ist in der Weise geschehen, daß U. den Gehaltbetrag bei Revisionen durch eine falsche Quittung verdeckte, nach der er angeblich einen größeren Betrag an die Danziger Hauptkasse abgeführt hatte. Erst bei einer im Oktober 1916 vorgenommenen Revision wurde diese Täuschung und damit die gesamten Verheimlichungen entdeckt. Der Angeklagte war vor Gericht im vollen Umfange geständig. Auf Zeugen wurde daher verzichtet und nur ein Eisenbahndirektor und ein Rechnungsrevisor als Sachverständiger vernommen. Die Schilderung seines Schicksals wurde dem Angeklagten auch vor den Geschworenen geglaubt. Sie billigten ihm mildernde Umstände zu. Von dieser Rücksicht ließ sich auch das Gericht leiten. Der Staatsanwalt beantragte vier Jahre Gefängnis. Das Gericht erkannte aber nur auf zwei Jahre, sprach aber die sofortige Verhaftung aus. Die weiteren Verhandlungen werden in dieser Woche abgeschlossen.

Die Schönheiten der Dreiklassenwahl.

Die Schönheiten des dreiklassigen preussischen Landtagswahlrechts treten auch jetzt wieder im ersten Berliner Landtagswahlbezirk zutage, wo die Erstwahl für Nechtzeit erfolgen muß. Die Zahl der Wahlmänner beträgt 625. Infolge Todesfalls und Wegzugs aus dem Wahlbezirk sind für die Erstwahl 268 Wahlmänner neu zu wählen. Der Berliner Magistrat veröffentlicht sieben für die Auslegung der Abteilungsstellen die notwendigen Grundlagen. Daraus ergibt sich, daß man in der Triftstraße 56 oder 59 21 479 Mark Steuern zahlen muß, um in der ersten Abteilung wählen zu können. Aber im Nachbarhause Triftstraße 57 kann man schon mit 156 Mark Steuern in der ersten Wählerabteilung wählen. In der Hennigsdorfer Straße 14 sogar schon mit 93 Mark Steuern. In der Schererstraße 12 muß man 16 523 Mark Steuern zahlen, um in der ersten Abteilung wählen zu können; in der Schererstraße 2 aber berechtigt schon eine Steuerleistung von 114 Mark zur Ausübung des Wahlrechts in der ersten Abteilung. In der Bräuerstraße 1 darf man mit 114 Mark Steuern in der zweiten Abteilung wählen, wenn man sich mit einem Namen schreibt, der im Alphabet wenigstens mit einem K anfängt. Ein Lehmann also muß hier mit derselben Steuerleistung wie ein King oder King, die in der zweiten Abteilung wählen dürfen, in der dritten Abteilung wählen. — Die Konservativen bezeichnen das preussische Wahlrecht als ein wohlgefügtes Gebäude. Die vorstehenden chinesisch anmutenden Proben lassen davon nichts erkennen.

U-Boottkrieg ist Notwehr.

In einer Polemik gegen die englische Presse zählt Socialdemokraten, das in Kopenhagen erscheinende Zentralorgan unserer dänischen Genossen, vom 8. Februar die zahllosen Völkerverbrechen und Gewalttätigkeiten auf, die sich England in diesem Krieg hat gegen die Neutralen zuschulden kommen lassen, und fällt sein vergleichendes Urteil dahin:

Der unbeschränkte U-Boottkrieg Deutschlands ist Notwehr gegenüber dem englischen Aushungerungskrieg.

Es ist furchtbar, daß der Krieg derartige Formen angenommen hat, daß neutrale Schiffe, die in eine bestimmte, bisher freie Zone gelangen, ohne Warnung torpediert werden. Es ist aber auch furchtbar, daß eine Kriegsmacht versucht, eine ganze Nation mit Frauen und Kindern auszuhungern. Der langsame Hungertod dieser Frauen und Kinder verursacht, falls die Absicht erreicht wird, vielleicht schrecklichere Qualen als der schnelle Tod in den Westen, wie rasch und empörend dieser auch sein mag.

Die dänische Sozialdemokratie und ihr Zentralorgan verdienen für ihren unausgesetzten Kampf für Wahrheit und internationale Gerechtigkeit unseren herzlichsten Dank.

Neue Kriegskredite.

Nach Mitteilung des Vorwärts wird der am 21. Februar zusammentretende Reichstag auch über eine neue Kreditvorlage beschließen. Es ist wahrscheinlich, daß noch ein höherer Betrag als der der letzten Bewilligung, die 12 Milliarden betrug, gefordert werden wird.

— Die neuen Steuern. Es steht nunmehr fest, daß dem Reichstag bei seinem Zusammentritt ein Steuerprogramm vorgelegt wird, um die Mittel zu gewinnen, die für die Kriegsanleihen aus laufenden Einnahmen decken zu können. Der Haushaltsausschuß des Reichstages tritt am 21. Februar zusammen, um vertrauliche Mitteilungen des Schatzministers entgegenzunehmen. Ueber die Art der neuen Steuern ist noch nichts Sicheres bekannt. Man nimmt an, daß zunächst eine Abgabe auf die Kohlenförderung vorgeschlagen wird. Außerdem rechnet man damit, daß der Eisenbahnverkehr zugunsten des Reiches beschnitten wird, also vermutlich eine Erhöhung der Fahrkartentaxe.

— Bruch des Burgfriedens. In der angeblichen Zurückziehung der Gelben bei der Besetzung der auf Grund des Hilfsdienstgesetzes errichteten Ausschüsse erbilden „Deutsche Tageszeitung“ und „Berliner Neue Nachrichten“ einen — Bruch des Burgfriedens. Die Gelben haben am Sonnabend in Berlin eine Tagung abgehalten. Der Verbandsvorstand Dr. Rathenow forderte eine Vertretung der Arbeiter in den Hilfsdienstauschüssen, um die Arbeiterinteressen wahrzunehmen zu können. Mit Ausnahme der Konserwativen im Hilfsdienstauschuß des Reichstages sind alle Parteien darin einig, daß die Gelben sich als Vertreter von Arbeiterinteressen betrachtet werden können.

Kriegssteuerertrag im Landtag

Das Abgeordnetenhaus beriet am Dienstag zunächst Anträge über die Steuerfreiheit der Kriegsteuererträge der Staatsbeamten und Angehörigen. Dazu kam ein sozialdemokratischer Antrag, der diese Steuerfreiheit auch auf private Steuererträge ausdehnen wollte. Der Finanzminister leitete aber unüberwindliche Bedenken gegen diesen Antrag wegen seiner, von ihm

rend des ganzen Krieges in Deutschland kein leichter Wort gesprochen worden ist, daß sich gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes richtet, als der Satz des sozialdemokratischen Herrn Scheidemann: Alles soll nach dem Kriege so bleiben wie es vorher war und jedes Volk soll seine Lasten selbst tragen. — Wir sind nicht so töricht, die erste politische Bedenkerarbeit des Reiches Scheidemann gegen die auf dem französischen Kriegsschauplatz geschehenen Anstrengungen der deutschen Vorkämpfer zu verteidigen zu wollen. Schon die persönliche Ausfälle erlebigen die Weisheit des Blattes und kennzeichnen die dahinter stehenden Absichten.

Bestimmung, Beförderung und Entlassung von Bierglasbeden und Bierkrugbeden aus Sinn und freiwillige Ablieferung von anderen Finngegenständen.

Die am 1. Oktober 1916 unter obiger Ueberschrift Kraft gestretete Bekanntmachung M. 1/10, 16, R. N. M. ist am 8. Februar 1917 unter Nr. M. 1/2, 17, R. N. M. in einer Veränderung erschienen. Hiernach sind die Bestimmungen der Bekanntmachung außer auf alle Brauerei, Gastwirtschafts- und Schankbetriebe, Vereine und Gesellschaften, Kaffees und Kantinen, welche die von der Bekanntmachung betroffenen Gegenstände in Besitz oder Verwahrung haben, auch auf alle anderen viele Angebote an die Gewährung besonderer Wünsche getnüpft, die nicht immer ohne weiteres erfüllt werden können.

— Reichszentrale zur Verteilung von Schuhwaren. Mit Rücksicht auf die Knappheit an Leder und zur Erspargung von Kosten und allgemeinen Betriebskosten soll statt des bisherigen freien Verkehrs im Schuhwarenhandel eine Reichszentrale zur Verteilung von Schuhwaren an die Kleinändler gegründet werden. Die Verbände deutscher Schuhwarenhändler in Berlin und Stuttgart werden gemeinsam mit Vertretern des Kleinhandels über die Zusammenlegung von Schuhfabriken auf genossenschaftlicher Grundlage beraten.

Ein Sozialist über die Politik Wilsons.

Die „Berliner Tagwacht“ bringt die Zuschrift eines amerikanischen Sozialisten, der gegenwärtig in Bern weilt. Darin heißt es: Die Rolle, die Amerika in diesem Kriege gespielt hat, wird der großen Republik ewig zur Schande gereichen. Wir sind so richtig die Masgeier der Welt, die aus dem scheußlichsten aller Menschengemehl fett und reich geworden sind. Das Blut von Hunderttausenden hat uns Berge von Gold gebracht. Daß wir aber zur gleichen Zeit den Heiligenschein bewahren wollten und unser Präsident behaupten will, daß wir für Menschlichkeit und Menschenwürde eintreten, das ist wohl das Eksthafteste an der ganzen Geschichte. Was sind die Tatsachen? England verhängt die Blockade gegen die Mittelmächte und schneidet dabei einen bedeutenden Teil unseres Handels ab. Wilson macht einen platonischen Protest, läßt es ruhig geschehen und es werden keine Tränen für die hungernben Säuglinge vergossen. Ja, als wir in Amerika diesen Säuglingen Milch schicken wollten, erließ er, dem Drucke Englands gehorchend, ein Ausfuhrverbot.

Jetzt aber, da die Gegenpartei zur gleichen Waffe greift und uns den Rest des europäischen Handels abschneiden will, droht er mit den Waffen. Dieser Schritt beleuchtet blühend die Echtheit unserer „Neutralität“. Ich bin überzeugt, daß es unseren Großkapitalisten vollständig gleichgültig gewesen wäre, ihre Munition an die Gegenpartei zu liefern, oder wenn möglich, sogar beiden, solange sie nur dabei zu ihrem Profit gekommen wären. Sobald aber dieser Nordhandel bedroht wird, schreit man vom Krieg im heiligen Namen der Menschlichkeit, natürlich aus dem einzigen Grunde, daß man das Nordmaterial weiter liefern kann unter dem Schutze und der Deckung der Kriegsschiffe.

Protest Hollands und Chiles.

Das Korrespondenzbureau meldet, aus der von dem Minister des Aeußern den Generalstaaten in Form eines Weißbuchs mitgeteilten diplomatischen Korrespondenz zwischen ihm und den Gesandten von Deutschland und Oesterreich-Ungarn über den verschärften U-Boottkrieg gehe hervor, daß die niederländische Regierung sich verpflichtet fühle, gegen das angekündigte U-Bootsystem zu protestieren. Die Verantwortung für die etwaige Vernichtung von niederländischen Schiffen in den in Rede stehenden Gebieten und für einen daraus folgenden Verlust an Menschenleben würde auf die deutsche Regierung fallen. Diese Verantwortung würde besonders schwer sein, in Fällen, in denen die Schiffe durch feindliche Kriegsschiffe, die das Untersuchungsrecht ausüben, gezwungen würden, sich in die gefährliche Zone zu begeben.

Die Londoner „Times“ meldet aus St. Jago, die chilenische Regierung habe am 8. Februar dem deutschen Gesandten eine Protestnote gegen den verschärften U-Boottkrieg überreicht. Chile (Südamerika) behalte sich für den Fall, daß seine Rechte verletzt würden, Freiheit des Handels vor. Die Antwort Chiles an die Vereinigten Staaten werde vermutlich ablehnend lauten.

England

— Einziehung der Jugendflotten. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß der Generaldirektor des Nationaldienstes anordnete, alle beamteten jungen Männer zwischen 18 und 20 Jahren sofort unter die Waffen zu rufen. Der Befehl betrifft Beamte aller Art, darunter Polizisten, Feuerwehrleute, Schullehrer, Gemeindeangestellte, Postbeamte und Zollbeamte. Er kommt nicht in Anwendung gegenüber den Männern, die in Landwirtschaft, Stahlindustrie, Bergwerken, Steinbrüchen, Eisenbahnbetrieben, beim Transportwesen, in Schiffswerften usw. tätig sind. Außerdem werden auch die Männer der Gruppe B 2 und C 2 unter die Waffen gerufen.

— Die englischen Kriegskredite einstimmig angenommen. Im Unterhaus sagte bei Einbringung der Kreditvorlage von 550 Millionen Pfund (1 Pfund 20 Mt.) für die Zeit bis Ende Mai Bonar Law, die gesamten Kreditbewilligungen für das laufende Finanzjahr betragen 1250 Millionen Pfund. Sie gehen über den sechsjährigen Vorschlag Mac Kennas hinaus. Die Steigerung sei den Mehrausgaben für Munition zuzuschreiben, sowie den Vorschüssen an die Allierten und Dominios (englische Kolonialgebiete). Er sei sicher, daß das Haus die Ausgaben für diese Posten nicht vorenthalte. Die durchschnittlichen Ausgaben für Arme,

Danziger Nachrichten

Der Arbeiter-Gesangverein Singspruch

veranstaltet am Sonntag, den 25. Februar, in der Ostbahn in Ost ein Vereinsfest. Das reichhaltige Programm steht eine Fülle gelegener Darbietungen vor. Frauen-, Männer- und gemischte Chöre der Vereinsgenossen werden das unter der klugen lehrigen Leitung gute gefangliche Können unserer Arbeiterlänger zeigen. Theatralische Vorstellungen, darunter das Liebespiel Hermann und Dorothea, sind weiter vorgesehen. Der reichhaltige musikalische Teil wird von der Kapelle des Landsturm-Ersatz-Bataillons Chemnitz ausgeführt. Für gutes Konzert ist dadurch bestens gesorgt. Die Veranstaltungen unserer Sängere erfreuten sich stets schon besonderer Beliebtheit. Vorwiegend aus diesem Grunde mußten auch sie deshalb die geräumigen schönen Säle der Ostbahn aufsuchen. Einer speziellen Empfehlung dieses Festes bedarf es somit eigentlich nicht. Jeder Freund unserer Bewegung und des Gesanges sollte das Fest besuchen. Es beginnt 4 Uhr nachmittags. Alles weitere besagt die heutige Anzeige.

Schle städtische Volksvorstellung

Nach längerer Pause findet am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, wieder eine städtische Volksvorstellung im Stadttheater statt. An der bewährten äußeren Form der Veranstaltung ist nichts geändert. Dies gilt vor allem von der sehr praktischen Einseitigkeit der Plätze und Preise. Eine Aenderung ist insofern versucht worden, als der Magistrat resp. die zuständige Kommission, wohl die Ursache der Beschwerden, daß die arbeitenden Kreise bisher zu wenig Eintrittskarten erhielten, beheben wollte. Die Bekanntmachung der Vorstellung erfolgte durch die Tageszeitungen am Mittwoch nachmittag. Die Eintrittskarten wurden von den Verkaufsstellen jedoch erst am Donnerstag 8 Uhr früh abgegeben werden. Dieses Verfahren miß allerdings etwas von dem bisherigen ab. Es war jedoch ebenfalls nicht geeignet, die Benachteiligung der an die Arbeitsstelle gebundenen Arbeiter und Angestellten zu beheben. Wenn der Magistrat seiner Zeitungsmitteilung den wöchentlichen Rat anfügte, beim Verkauf der Karten Massenansammlungen zu vermeiden und Ruhe und Ordnung zu bewahren, so war das gewiß gut gemeint. Einen praktischen Wert konnte dieser Ratsschlag bei der großen Zahl derer, die auf Eintrittskarten rechneten, jedoch nicht haben. Auch die tröstliche gedruckte Versicherung, daß noch mehrere Volksvorstellungen stattfinden würden, konnten kaum besser wirken. Die praktische Erfahrung bestätigte leider unsere Auffassung. Schon von 6 Uhr früh sammelten sich am Donnerstag morgen die Kaufstüßigen in großer Zahl vor den Verkaufsstellen. Ueber die Vorgänge, die sich dabei notwendig wegen der vielen Enttäuschungen abspielen mußten, wollen wir uns nicht näher äußern. Jedenfalls ist diese „Eroberung“ einer Karte keine sehr würdige Vorbereitung für den erwarteten Theatergenuss. Die weitere Folge sind dann noch nicht sehr freundliche Vorwürfe gegen die Verkaufsstellen, weil die Enttäuschten, von denen viele bisher überhaupt noch keine Karten für eine Volksvorstellung erhalten konnten, nicht glauben mögen, daß jede der 16 Verkaufsstellen nur eine sehr be-

schänkte Zahl von Karten erhält. Helfen kann gegen diese Zustände nur die Durchführung des von uns wiederholt empfohlenen Vorschlages, die Karten durch Vermittlung der Organisationen abzugeben. In dieser Zeit sollte es nicht unmöglich sein, wenigstens einen Versuch in dieser Richtung zu machen. Die erhebliche Vermehrung der Volksvorstellungen wird unter allen Umständen vorgenommen werden müssen, um dem starken Bedürfnis wenigstens einigermaßen zu genügen. Bei dem jetzigen Verfahren des freien Verkaufs ist es auf, daß Kreise, für die die Volksvorstellungen mindestens nicht in erster Linie bestimmt sind, sie in nicht geringem Umfange besuchen. Das ist ein keineswegs erwünschter Zustand.

Auf dem bisherigen Spielplan der Volksvorstellungen standen: Minna von Barnhelm, Das Münbergische Ei, der Herr Senator, Othello und Hasemanns Töchter. Diesmal bringt das Programm die bekannte Operette von Johann Strauß Der Zigeunerbaron. Der Wert des Stückes ist bekannt, schließlich ist es doch aber auch nur eine Operette. Uebersteht man die bisher gegebenen Stücke, so vermisst man in erster Linie solche modernen Inhalts. Vorwiegend gilt das für Werke, die dem sozialen Empfinden näher stehen. Eine besondere Absicht sollte man für diese Auswahl kaum voraussetzen. Schließlich sollten aber die Wünsche, die man bisher allgemein an das Theater stellte, auch für die Volksvorstellungen gelten. Gerade sie sollten nicht nur der Unterhaltung, sondern auch anderen Aufgaben dienen. An sie darf kein anderer Maßstab, als an den regelmäßigen Spielplan gelegt werden. Man darf daher wohl erwarten, daß die kommenden Volksvorstellungen eine Aenderung bringen.

Lehrgang für einarmige Kriegsinvaliden

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, soll demnächst im Hilfslazarett Haselwerk ein Lehrgang für einarmige Kriegsinvaliden in den Abendstunden abgehalten werden. Sodas auch die bereits aus dem Heeresverbande Entlassenen, welche tagsüber ihrem Berufe nachgehen (auch Bombenteiler aus der näheren Umgebung), die Abendstunden noch nutzbar verwerten können. Der Lehrgang ist kostenlos. Anmeldungen werden in der Schreibstube des Unterausschusses für Kriegsinvalidenfürsorge in der Stadt Danzig, Festungslazarett Haselwerk, Zimmer 43, entgegengenommen.

Verlegung der Kriegsamtst. Nr.

Die hiesige Kriegsamtst. ist von der Kriegsschule nach Krebsmarkt 2/3 verlegt worden.

Freigabe von Stridgarnen

Am 15. Februar ist ein Nachtrag zu der Bekanntmachung vom 31. Dezember 1916 betreffend Veräußerungs-, Verarbeitungs- und Bewegungsverbot für Web-, Trikot-, Wirk- und Stridgarnen (Nr. W. I. 761/12. 15. R. R. L.) erschienen, durch welchen die zum Kleinverkauf in Warenhäusern und sonstigen offenen Ladengeschäften freigegebenen Mengen an wollenen und wollhaltigen Stridgarnen wiederum erhöht worden sind. Es sind nunmehr 60 v. H. der Vorräte, die sich am 31. Dezember 1915 bereits in Warenhäusern oder in sonstigen offenen Ladengeschäften befanden, zum Kleinverkauf oder zum Ver-

lauf an Hausgewerbebetriebe freigegeben, mindestens jedoch 25 Kilogramm. Als Bedingung der Freigabe ist die Vorschrift bestehen geblieben, daß der Verkaufspreis der einzelnen Sorten nicht höher bemessen wird, als der zuletzt vor dem 31. Dezember 1915 von demselben Verkäufer erzielte Verkaufspreis.

Weitere Freigaben von Stridgarnen sind für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht genommen worden; Einzelanträge auf Freigabe können jedoch nicht berücksichtigt werden. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den städtischen amtlichen Stellen einzusehen.

Die besten städtischen Kriegsernährungs-Einrichtungen

soll nach einer lobenden Mitteilung der Danziger Zeitung ein Offizier des Berliner Kriegsamt nach einer amtlichen Bezeichnung des Ostens in Danzig festgestellt haben. Er soll eine entsprechende Anerkennung ausgesprochen haben. — Wenn die Aeußerung des Offiziers nicht irrtümlich aufgefaßt worden ist, so kommt in erster Linie in Frage, welche städtischen Orte er geprüft hat. Aber selbst dann würde keineswegs bewiesen sein, daß den hiesigen Verhältnissen und Bedürfnissen entsprechend die Danziger Ernährungsmaßnahmen als die besten anzusehen sind. Würde der militärische Sachverständige so gut informiert sein, wie sein hiesiger Kollege in der Leitung des 17. Armeekorps, so würde sein Urteil wohl ebenso gelaftet haben, wie das, was jener in der Stadtverordnetenversammlung öffentlich ausgesprochen hat. Würde der Urteilende außerdem noch wissen, daß in Danzig den Angehörigen der Krieger auch jetzt noch kein städtischer Zuschuß gezahlt wird, so würde er wohl ebenfalls einschränkender gesprochen haben. Auf alle Fälle kann ja unter keinen Umständen von den überhaupt besten Einrichtungen, sondern höchstens von denen, die auf der östlichen Reise beobachtet wurden, gesprochen sein.

Start enttäuscht

wurde der Magistrat durch einen Aufruf, den er am 1. Februar an diejenigen richtete, die private Kartoffelvorräte besitzen. Er forderte sie auf, die Kartoffeln käuflich an andere Haushaltungen abzugeben, die keine mehr besitzen. Es handelte sich ganz zweifellos um einen dringenden Rat und wirkliche Nothilfe. Bei nur einigem Verständnis hätten die Kartoffelbesitzer mit Freude der Anregung entsprechen müssen. Einen anderen Ausweg gab es nach Lage der Verhältnisse nicht. Trotdem mußte der Magistrat am 10. Februar mitteilen, daß eine große Anzahl der Besitzer von Kartoffelvorräten sein Schreiben ganz unbeantwortet ließen! Dagegen hat man ihn in vielen Fällen ersucht, bei der Festsetzung des Termins des Verbrauchs vorrätiger Kartoffeln auf Hunde und Hühner Rücksicht zu nehmen.

Die Preise für Kartoffeln und Zwiebeln

sind vom 15. Februar ab erhöht worden. Der Kartoffelpreis ist um 1 Mark für den Zentner, auf Grund der bekannten Bestimmungen der Berliner Zentrale gestiegen. Für Zwiebeln ist der Höchstpreis vom Magistrat, nachdem er unlängst von 17 auf 18 Pfennig gesteigert wurde, jetzt auf 19 Pfennig für das Pfund festgesetzt. Im Großhandel kostet der Zentner 15 Mark. Dieser Preis wird die jetzt nicht mehr zu sehenden Zwiebeln wohl auch noch nicht herauslösen. Somit dürfte für die Verbraucher die unangenehme Aussicht bestehen, daß noch manche Erhöhung des Höchstpreises folgen wird.

Städtische Landwirtschaft

Die Städte Ulm und Maulim haben seit Jahren bedeutende eigene landwirtschaftliche Betriebe und stehen überdies mit landwirtschaftlichen Genossenschaften in dauernder Verbindung. Die guten Erfolge beider Einrichtungen haben die Leiter, Oberbürgermeister Dr. v. Wagner und Regierungsrat Nisch, bewogen, „Neue Wege zur Förderung der Lebensmittelproduktion und Versorgung“ (Verlag Zeit u. Langer, Leipzig) vorzuschlagen. Die Verfasser gehen davon aus, daß eine Rationierung nur dann begründet sei, wenn die Ernährung des Wohlhabenden die gleiche ist wie des Armen. Auch sei der Zweck der Rationierung der Lebensmittel liefern. Die Hauptsache sei die Herbeibringung neuer Lebensmittel. Daß die Produktion ungenügend sei, hätten die Städte mitverschuldet, da sie es veräumt haben, mit den landwirtschaftlichen Vereinigungen Lieferungsverträge abzuschließen und selbst Landwirtschaft zu treiben. Das Bestreben, auf die Fleischpreise Einfluß zu gewinnen, hat seinerzeit die genannten Städte dazu geführt, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadt und Land zu schaffen. Die Städte waren der Meinung, daß die Zucht und die Mästung von Schweinen durch die landwirtschaftlichen Organisationen unter Finanzierung durch die Städte erfolgen sollte. Tatsächlich haben diese Städte von der Genossenschaft seit Kriegsbeginn zusammen 5900 Schweine und 190 Kinder bezogen. Es war stets Schweinefleisch, und zwar zu erheblichen billigeren Preisen als im Privathandel, vorhanden. Städtisches Schweinefleisch kostete 1913 das Pfund 75 Pfg., Juni 1915 1 Mark, Juni 1916 1,50 Mark, seither für Bemittelte 1,64 Mark, sonst 1,60 Mark, im Privathandel jedoch 1,90 Mark. Der allgemeine Ladenpreis für Schmalz war um 30 bis 50 Prozent höher als in den städtischen Verkaufsstellen. Die Verfasser schlagen also vor, daß die Städte, aber auch die Großbetriebe ähnliche Einrichtungen schaffen, insbesondere soll sich ihre Tätigkeit erstrecken auf Schweinemästereien und Schweinezuchtanstalten, Kartoffelbauanlagen und Landwirtschaftsanlagen. Eine Zentrale soll die Städte beraten und in dieser Tätigkeit fördern. Die Städte sollen vornehmlich das Gelände und das Kapital für die Einrichtung und für den Betrieb der Anlagen bereitstellen. Den Städten soll es unbekannt bleiben, ob sie den Weg der eigenen Produktion oder die Sicherung im Wege des Vertragschlusses mit einer landwirtschaftlichen Organisation wählen. Insbesondere stehen den städtischen Großbetrieben sehr viel Gelände und genügend Kapital zur Verfügung. Im übrigen bedürfe es gar

Die Künstler

Die Menschen jagen irrend durch die Gassen, Ein schwanzendes Bild im Laumel zu erfassen, Sie stoßen sich, verachtend Gruß und Ehrung, Was ihren Augen schauert die Entbehrung, In ihren Mienen kämpft verzweiflungsvoll Gold! Gold! So leß ich auf den Straßen Lust! Lust! So klopf es in den Hirnen! Wir träumen einst von Glanz und Glück und Frieden; Lug, Trug und Not ward uns dafür beschieden, Zerstoßen sind der Jugend Traumgebilde.“

Da fliehet aus lichtdurchflutetem Gesichte Herab des hellsten Glanzes laute Flut, Entzaubert alles, was bisher geruht Im Menschenhirne still und unerschlossen. — Was unerkannt bisher und ungenossen, Das legt sie in des Künstlers Hand und Hut. — Die Eier nach Gold und schändem Land bekämpfend, Der niederen Lüste gelle Flamme dämpfend, Der Schönheit reine, ewige Freuden kündend, Die Menschen mit dem höchsten Lühn verbindend Soll er des Herzens stille Schätze heben Und Schönheit fragen in das karge Leben. — So steht des Künstlers Fuß auf dieser Welt, Doch seine Stirne ragt ins Sternenzelt. —

Rudolf Siebig.

Danziger Stadttheater

Der Revisor. Lustspiel von Gogol

Es ist erfreulich, daß der Spielplan auch dieses Meisterwerk des Russen Gogol brachte. Schade, daß das Publikum dem Werte so wenig Interesse entgegen brachte, daß es schon nach einmaliger Aufführung vom Spielplan abgesetzt worden ist. Das Lustspiel erlebte 1836 in Petersburg seine Uraufführung. Die Zensur hatte erhebliche Schwierigkeiten gemacht. Erst ein Nachwort des Zaren ermöglichte die Aufführung. Die reaktionären Kreise wurden furchtbar erregt über die Kühnheit, mit der hier die Korruption, die Bestechlichkeit und Dummheit der russischen Beamenschaft an den Pranger gestellt wurde.

Der Inhalt ist: Große Aufregung herrscht unter den behördlichen Vertretern einer russischen Kreisstadt. Eben hat der Gouverneur die Nachricht erhalten, daß ein Revisor aus Petersburg unterwegs sei um auch hier nach Ordnung zu sehen. Zum Unglück werde der Revisor auch wohl noch incognito erscheinen. Das ist den Beamten eine sehr unwillkommene Nachricht. Der Gouverneur selbst hat ein ziemlich

schweres Sündenregister. Das Geld für den Kirchenbau hat er in seine Tasche gesteckt, von den Kaufleuten schweren Tribut genommen und vor vierzehn Tagen auch eine Frau auspeitschen lassen, wozu er kein Recht hatte. Der Kreisrichter, ein leidenschaftlicher Jäger, hat die Räumlichkeiten im Gerichtsgebäude für Jagdgeräte und Geflügelzucht verwendet. Der Krankenhausdirektor läßt die Kranken in solch schmutziger Wäsche herumgehen, daß man sie für Schornsteinfeger halten könnte. Da erfahren die schuldbeladenen Gesellen, daß schon seit vierzehn Tagen in einem Gasthof ein fremder junger Mann abgestiegen sei, der ein eigentliches Wesen an den Tag lege. Sofort ist es dem Gouverneur klar, daß der Fremde der gefürchtete Revisor ist. Mit größter Ehrerbietung begrüßt ihn der Stadtgewaltige, zeigt ihm die städtischen Einrichtungen und nimmt ihn in seinem Hause auf. Die Beamten machen ihm nacheinander ihre Aufwartung und freuen sich, daß der Herr Vorgesetzte von jedem ein paar hundert Rubel zum Geschenk nimmt. Die Freude des Gouverneurs erreicht ihren Höhepunkt, als sich der Revisor mit seiner Tochter verlobt. Betäubend wirkt deshalb keine plötzliche Abreise. Er verspricht jedoch, in einigen Tagen wiederkommen. Noch sitzt die Gouverneursfamilie erfreut und überrascht über das hohe Glück, das ihr widerfahren, zusammen und spinnt hohe Zukunftspäne. Da bringt der Postmeister, der gewohnheitsmäßig sämtliche Briefe öffnet, die Nachricht, daß der abgereiste Fremde gar nicht der Revisor gewesen sei. In einem Briefe an einen Petersburger Freund habe der vermeintliche Revisor mitgeteilt, daß man ihn, da ihm auf seiner Reise das Geld ausgegangen war und er mittellos in dem Städtchen feilsch, für einen Revisor gehalten habe. Es sei ihm infolgedessen gelungen, all die einfältigen Beamten an der Nase herumzuführen und ihnen eine schöne Summe Geldes abzunehmen. Diese Nachricht des Postmeisters bringt große Aufregung hervor, die sich noch steigert, als ein Polizeimann die Nachricht bringt, daß eben der richtige Revisor angelangt sei.

Die Aufführung war unter der Spielleitung des Herrn Haag flott und befebt. Die Darstellung der Titelrolle durch Herrn Raden war anfänglich farblos, erst später mußte der Künstler das Leichtsinrige und Schwindelhafte des Pseudo-Revisors lebhafter zu charakterisieren. Herr Huberman hat als Gouverneur eine treffliche russische Beamtenfigur, brutai gegen Untergebene, kriecherisch-feige gegen Vorgesetzte. Sehr belustigend wirkte das männliche Klatschbasenpaar der Herren Trebe und Cramer. Eine vollendete russische Volkstypen schuf Herr Pfandler als Diener des Revisors. Das Haus war ausnahmsweise schwach besetzt. La.

reines grobes Kapital. Man hat zum Beispiel für die namhaften Anlagen bloß 80 000 Mark verbraucht. Die Schweinefleischerei kann schon auf einem kleinen Betrieb werden, der einem größeren Haushalt gleichkommt. Die Schweinefleischerei erfordert schon fünf bis zehn Hektar. Schwieriger gestaltet sich die Geländezuteilung für den Kartoffelanbau. Die Futtermittel sind nach den Verfassern leichter zu beschaffen als man glaubt. Insbesondere die Erbsen sind zu verwenden. Allenfalls müßten Weidplätze für die Rülbe requiriert werden, wie denn in ähnlicher Weise den Ställen das nötige Zuchtmaterial besorgt werden könnte (Hochpreise für Ferkel). Die Verfasser nehmen an, daß sich Erfolge schon im laufenden Jahre ergeben werden, doch müßten die Einrichtungen für die Dauer eingerichtet sein. Wenn man auch in Einzelheiten den Verfassern nicht beistimmt, die Grundgedanken sind gemäß richtig und verdienen um so mehr Beachtung, als sie auf Grund mehrjähriger Erfahrungen gewonnen worden sind. Diese beweisen auch, wie grundsätzlich die Abstoßung städtischen Landbesitzes vom Standpunkt des Allgemeinwohls ist. Die glänzenden Erfolge der Wiener Lebensmittelzeugung widersprechen durchaus dem leider in Aussicht genommenen Verkauf von Danziger städtischen Gütern.

29 Bestrafungen

wegen Verletzung der Vorschriften über Höchstpreise und Verkaufspflicht usw. mußten neuerdings wieder veröffentlicht werden. Besonders häufig mußte der Popelwucher bestraft werden. Die Händlerin Wanda Van, Johannisstraße 10, erhielt deshalb sogar 150 Mark Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis. Aus dem gleichen Grunde wurde die Eigentümerin Bogdanaki, Ohra, Niederfeld 50, zu 100 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Wegen Erzielung übermäßigen Gewinnes wurde Kaufmann Fingerhut, Milchamengasse 16, mit 100 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis bestraft, weil er Schweinefleisch in Dosen zu teuer verkauft hatte. Höfereibehälter Schröder, Fetershagen 13, erhielt 150 Mark Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis, weil er den Verkauf von Kartoffeln verweigerte und Kartoffeln nur gleichzeitig mit Weizen abgab. 30 Mark Geldstrafe oder 6 Tage Gefängnis erhielt die Verkäuferin Ehm, weil sie sich fortgesetzt Kriegsgelangenheiten genähert haben soll. Wegen Verführung beschlagener Brotgetreides erfolgte die Verurteilung des Hofbesizers May Die und seiner Ehefrau aus Beylau zu je 50 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis.

Städtische Massenpeisung

Der neue Leiter der städtischen Massenpeisung, Stadtv. Kammerer, sprach sich unlängst im Verein der Danziger Gastwirte wenig hoffnungsvoll über die Ausdehnung der öffentlichen Massenpeisung aus. Er hob die Schwierigkeiten und Hindernisse hervor, die selbstverständlich mit jeder Maßnahme größeren Umfangs verbunden sind, die aber nichts gegen ihre Durchführbarkeit beweisen. Trotz jener pessimistischen Ausführungen scheint man sich in der städtischen Verwaltung der Notwendigkeit der Massenpeisung nicht zu verschließen. Wichtigstens bemüht man sich neuerdings, die Ausgabestellen der städtischen Küchen zu vermehren. Es sind in der Arbeiterkaserne Werkskaffee und in der Gewerkschaft wie im Guttempler-Vogelhäuser Speisekassen eingerichtet. Denen das Essen von der Hauptküche auf dem Schlachthof zugeführt wird. In gleicher Weise soll noch eine größere Anzahl von Stellen eingerichtet werden. Es sind zu dem Zwecke 400 besonders eingerichtete Transportgefäße beschafft worden.

Von einer Ermäßigung des Preises, 40 Pf. für den Liter, ist nichts zu hören. Auch neuerdings dauern die Klagen fort, die eine zu häufige Verschwendung des Essens behaupten. Die Küchenverwaltung sollte auch hierauf ihr besonderes Augenmerk gerade jetzt richten. Es sind vornehmlich schwerarbeitende Arbeiter und Frauen, die sich aus den städtischen Küchen ernähren. Der Bekleidungsbedarf des Essens sollte daher aus der zukommenden Aufwertungsmaßnahme gewidmet und keine mögliche Verbesserung unterlassen werden.

Die Heberziehung der Weizen.

Geheimrat Kubner, der berühmte Gelehrte für Ernährungswissenschaft und Leiter des hygienischen Instituts der Berliner Universität, untersucht in der letzten Nummer der Zeit- und Streifen den Nährwert der Weizen oder Kohlrübe und stellt sie in Vergleich mit dem der Kartoffel. Er kommt dabei zu folgendem Ergebnis: 4 Pfund Kohlrüben enthalten knapp so viel Nährwert als 1 Pfund Kartoffeln. Kubner sagt weiter, daß man gegenwärtig für 1 Mark erhält bei Kartoffeln 6340 Gramm nur 2247 verdaulichen Wärmeinheiten und 141 verdaulichen Eiweiß, bei Kohlrüben 7692 Gramm mit 1785 verdaulichen Wärmeinheiten und 15 verdaulichen Eiweiß. Die Kohlrüben sind also viermal so teuer als die Kartoffeln und liefern trotzdem nur ein Fünftel des Eiweiß wie die Kartoffeln. Für 20 Pf. erhält man jetzt 5 Pfund (2500 Gramm) Kartoffeln mit 2090 verdaulichen Wärmeinheiten und 42 Eiweiß. Jetzt war kosten für 24 Pf. 4 Pfund = 2000 Gramm Kartoffeln mit 1668 verdaulichen Wärmeinheiten und 34 Eiweiß für 28 Pf. 4 Pfund = 2000 Gramm Kohlrüben mit 432 verdaulichen Wärmeinheiten und 4 Eiweiß für 30 Pf. zusammen 2123 verdauliche Wärmeinheiten und 38 Eiweiß. Die Kosten sind also jetzt auf 50 Pf. erhöht, gerade so, als wenn man für das Pfund Kartoffeln 10 Pf. bezahlen würde. Man hat sich getraut, die Kartoffelpreise zu erhöhen. Jetzt ist aber ein Kampf über die Kohlrübenpreise die hohe Befähigung der Verbraucher eingetommen, und noch dazu eine wenige gute Ernährungsmöglichkeit dafür eingetauscht.

Und das war nur eine Zigarette. Das Schwurgericht verurteilte den Wichtigen Kaiser Ray Semrau wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode zu zwei Jahren Gefängnis. Der Angeklagte war ein einziger jugendlicher Arbeiter wegen einer Zigarette im Saal geraten und hatte Mordel von dem Arbeiter Berg mit einem verbotenen gehaltenen Schussgewehr einen Schuß über den Kopf erhalten. Er verlor Berg dafür ein ernstes Verbrechen einen Schuß über den Kopf. Er trug einen Schußwund davon, an dessen Folgen er gestorben ist.

Aus Westpreußen

Der „Kriegsbeleg“ Witten des freien Handels beleuchtet in einem Sprechsaalartikel den „Krieg“ ein Beamter, der dem Witten a. schreibt: Eine beschriebene Anfrage an die Bevölkerung dieser Stadt möchte ich Sie bitten im Sprechsaal der „Eldinger Zeitung“ aufzunehmen: In der letzten Woche verteilte die Stadt Witten eine große Menge Syrup, das Pfund zu 35 Pf. Der Syrup war gut, wurde gern gekauft und hat befriedigt, um so mehr, als der Preis recht mäßig zu nennen war. Es ist noch gar nicht so lange her, da mußte meine Frau beim Kaufmann für dasselbe Pfund Syrup 1,60 Mark bezahlen, mit dem Unterschied, daß die sog. Kriegsware dem Kaufmann zurückgegeben wurde, weil er nichts laugte. Wer ist nun so freundlich, mir den Preisunterschied von 35 Pf. und 1,60 Mark zu erklären. Der Einsender wendet sich dann an Herrn v. Oldenburg und meint, den Unterschied werde ihm auch dieser nicht erklären können und fährt fort, das, was Herr v. O. über den freien Handel während des Krieges sagt, möchte ich nicht unterschreiben, unter keiner Bedingung, sonst würden nur die reichen Leute und die Menschen mit den großen Kriegsgewinnen möglichen. Man glaube gar nicht, daß einzig der Syrup solche Preisbildung erfahren hat; mit vielen anderen Artikeln war es genau ebenso. Gleich verteilte die Stadt, wenn ich nicht irre, für 40 Pf., während ich im freien Handel 1,20 Mark zahlen sollte. Als Lebensmittelkontrolleur, glaube ich, würde uns Herr von Oldenburg in die Falle bringen.

Es gibt bekanntlich auch bei uns Leute, die trotz aller bisherigen trüben Erfahrungen der Konsumenten dem „freien“ Handel begeistert das Wort reden. Vielleicht sind die imstande, die von dem Beamten genannten Preisunterschiede zu erklären.

Aus der Partei

Aufruf zur Gründung einer oppositionellen Parteiorganisation.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, Haase, Ledebour, Bogherr, erklärt einen Aufruf, in dem er seine Anhänger offen zur Gründung eigener Organisationen auffordert. Er wiederholt die alten sinnlosen Behauptungen, daß seit Kriegesbeginn der Parteivorstand und die Fraktionsmehrheit in eine antisozialistische Politik hineingeraten seien. Die Politik der Volks- und Landesverteidigung wird nationalsozialistische Regierungspolitik geschildert. Auch die Vorwürfe gegen den Parteivorstand über dessen angeblichen Kampf gegen die oppositionelle Presse kehren wieder, selbstverständlich unter vollständiger Vertehrung des Tatbestandes. Von der Maßregelung der Mehrheitsanhänger in Berlin, Bremen und Braunschweig, die lange vor dem sogenannten „Vorwärtsraub“ erfolgten, enthält der Aufruf nicht die leiseste Andeutung. Daß die Vertreter der Fraktionsmehrheit im Kreise Potsdam-Ordnung sich den gegen alle demokratische Grundsätze aufgestellten Minderheitskandidaten nicht gefallen lassen wollten und die Konsequenzen aus der Spartakus-Parole zogen: „Gegner einer Konföderation, als einen Mehrheitsanhänger“, wird der Mehrheit auch schwer angekreidet. Gegen alle diese Sünden genüge nicht mehr ein Protest — es müßten sich nunmehr auch die oppositionellen Genossen überall zusammenschließen. Eine neue Oppositionskonferenz soll etwa Mitte März einberufen werden, in der die erforderlichen Maßnahmen zum Zusammenschluß der Opposition zu treffen sind.

Mit diesem Aufruf wird der endgültige Bruch der Opposition mit der Gesamtpartei für die breitere Öffentlichkeit sichtbar vollzogen. Eine neue Situation schafft er aber nicht, denn schon längst war es unmöglich geworden, die gegeneinander strebenden Gruppen in der Partei zu einheitlichem Handeln zu bewegen. Was mit den Disziplinbrüchen eines einzelnen begann, mit der Sonderaktion der 19 und der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft seine Fortsetzung erfuhr, das ist jetzt durch den Haase-Ledebour-Bogherr-Aufruf zum vorläufigen Abschluß gebracht. Alle Versuche, die Opposition zum gemeinschaftlichen Handeln im Rahmen der Parteiorganisation zu bewegen, sind fehlergeschlagen. Die grenzenlose Geduld und Duldsamkeit der Partei ist schlecht belohnt worden. Statt Gemeinschaftsarbeit mit der Mehrheit im Interesse der Arbeiterklasse war die Fortsetzung der Zerstückelung der Parteiorganisationen die Antwort der Opposition. Da ist es schon besser, daß die Opposition außerhalb der sozialdemokratischen Partei die Durchführung ihrer Grundsätze verfolgt. Das ist ehrlicher und führt zur endlichen Klärung.

Die Breslauer Volkswacht urteilt über den Aufruf: „Wenn die Unterzeichner sich erlauben, unsere Politik „Kriegsverlängernd“ zu nennen, wo Lausende von Genossen jeden Tag Zeuge unserer Friedensarbeit sind, so ist das eine Blindwüchsigkeit, für die man nur Mitleid haben kann. Und wenn von den Mitgliedern des Parteivorstandes, von eisgrauen Kämpfern wie Kollentz und Wiantusch, als von „einem halben Dutzend Parteibeamter“ die Rede ist, die sich Rechte anmaßen, so ist das eine kapitalistisch-prohijige Sprache, die einen daran erinnert, daß die Unterzeichner (Haase, Ledebour und Bogherr) des Aufrufes es allerdings vermöge ihres privaten Geldbesitzes nicht nötig haben, in fester Einstellung zu arbeiten, daß sie aber deshalb kein Recht haben, auf nicht so gut fundierte Genossen mit der Geste des Hochmuts als auf die „Beamten“ herabzusehen.“

Unterzeichnet ist der Aufruf vom Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft des Reichstags, Haase, Ledebour, Bogherr. Diese Unterschrift hat symbolischen Wert. Sie beweist, wie recht diejenigen hatten, die bei der Spaltung der Reichstagsfraktion uns erklärten, daß sie notwendig die Spaltung der Partei nach sich ziehen werde. Nun haben wirklich dieselben Männer, welche an der Spitze der Fraktionsspaltung standen, den ersten öffentlichen Schritt zur Gründung einer Konkurrenzpartei gegen die sozialdemokratische Partei Deutschlands getan. Sie sind da angelangt, wohin ihre Bahn notwendigerweise führen mußte. Vor der Geschichte werden sie nicht als diejenigen stehen, die das frühe Gebäude der einheitlichen deutschen Arbeiterbewegung zu sprengen suchten. Aber

nach hat, wie die feste Hoffnung, daß dieses Gebäude in seinen Grundfesten sich als starker erweisen wird als aller von seinen Zerklüftern zusammengetragener Sprengstoff.

In einer Konferenz der Parteimitglieder des Sozialdemokratischen Vereines für den Wahlkreis Dortmund-Hörde am 4. Februar wurde Stellung genommen zu den Beschlüssen des Parteiausschusses. Nach ausgiebiger Aussprache wurde folgende Entschließung in momentlicher Abstimmung bei einer Enthaltung und fünf Gegenstimmen mit 68 Stimmen angenommen:

„Die Funktionäre des Sozialdemokratischen Vereines für den Wahlkreis Dortmund-Hörde stellen sich nach wie vor auf den politischen Standpunkt der durch die Reichstagsfraktion vertretenen Parteimehrheit. Sie bedauern, daß es die Minderheitsgruppen so weit getrieben haben, daß die Spaltung der Partei unausweichlich wurde. Sie sehen in dem Beschluß des Parteiausschusses vom 19. Januar eine Maßnahme der Selbstzerstückelung, die geeignet ist, der weiteren Herrichtung der Partei vorzubeugen, die notwendige Klärung zu schaffen und die Zukunft der sozialistischen Demokratie sicherzustellen.“

Die Funktionäre erklären, in dieser Schicksalsstunde mit aller Entschiedenheit für die Durchführung dieser Beschlüsse und die Erhaltung der einheitlichen sozialdemokratischen Front im Reich zu wirken zu wollen und auch weiterhin für die Erhaltung der Partei und die Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung“ tätig zu sein.“

Zwei Genossen, die gegen die Entschließung stimmten, erklärten, an der Parteieinheit nicht rütteln zu wollen. Unter den fünf Gegenstimmen ist übrigens auch die des Abgeordneten des Kreises, des Genossen Dr. Erdmann.

Die Parteigenossen in Frankfurt a. M. nahmen in einer gutbesuchten Versammlung am Dienstag zu den Beschlüssen des Parteiausschusses Stellung. An das Referat Quards schloß sich eine ausgedehnte Debatte, bei der Dittmann den Standpunkt der Opposition vertrat. Die Debatte wurde so geführt, daß immer ein Redner für und gegen die vom Vorstand vorgelegte Resolution das Wort erhielt. Die Resolution, die mit übergroßer Mehrheit angenommen wurde, hatte folgenden Wortlaut:

„Die Versammlung erklärt, daß die Gründung und Erhaltung von Sonderorganisationen in der Partei, wie sie die Beschlüsse der Minderheitskonferenz am 7. Januar in Berlin vorgelesen hat, sowie die Mißachtung von ordnungsmäßig gefassten Mehrheitsbeschlüssen unvereinbar sind mit den organisatorischen Grundsätzen der Partei, ohne die eine einheitliche Parteiführung unmöglich ist. Die Versammlung tritt deshalb den Beschlüssen des Parteiausschusses und Parteivorstandes bei und gelobt, für deren Durchführung im Interesse der Einheit der Partei mit allen Kräften tätig zu sein.“

Die Bezirkskommission für die obere Rheinpfalz veröffentlicht einen Aufruf, worin es heißt, daß durch die Sonderkonferenz der Opposition vom 7. Januar der Bruch der drei Minderheitsgruppen mit der Gesamtpartei nun auch äußerlich vollzogen worden sei:

„Die „Arbeitsgemeinschaft“, die „Spartacusgruppe“ und die Richtung „Internationale“ haben das Tischbuch zwischen sich und der Sozialdemokratischen Partei zerschneiden. Dem Parteiausschuss blieb nur übrig, diese Tatsache festzustellen; dem Parteivorstand aber oblag die Pflicht, aus der neuen Sachlage alle organisatorischen Folgerungen zu ziehen. Die Verantwortung jeder Sonderaktion und ihrer Beschlüsse stehen in schroffem Widerspruch sowohl zu unserer ganzen Uebertreibung, wie auch zu unserer Organisation. Wer sich daher mit der Konferenz und ihren Beschlüssen einverstanden erklärt, stellt sich außerhalb der Partei.“

Eine von etwa 500 Delegierten der Hamburger Landesorganisation besuchte, nach dem Gewerkschaftshaus berufene Versammlung beschloß sich am Sonntag mit der Situation in der Partei. Nach dem „Vorwärts“ wurde mit mindestens Dreiviertelmehrheit eine von den Vorständen vorgelegte Resolution angenommen, an deren Schluß es heißt:

„Die Landesversammlung erklärt sich mit dem Aufruf des Parteivorstandes vom 30. Januar dieses Jahres einverstanden und beauftragt die Vorstände, unter Wahrung der freien Meinungsäußerung innerhalb der Organisation die notwendigen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen und durchzuführen. Die Landesversammlung erwartet von allen Parteigenossen die Beachtung und Innehaltung der ordnungsmäßig gefassten Beschlüsse, um so mehr, als notwendig, denn je eine starke und einheitliche Sozialdemokratie ist, um mit möglichstem Nachdruck für einen baldigen Frieden und alsdann für die freibestimmte Ausgestaltung des Reiches und Staates mit voller Kraft wirken zu können, damit wir der Verwirklichung unserer Ziele näherkommen.“



**Unsere
"Marine"
Zigarette**
3 Pf.
einschliesslich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung
behalfen unsere
Zigaretten ihre alten
anerkannten Qualitäten.
Georg A. Jasmatzi
Aktiengesellschaft

Marine und Munition seien im Vergleich zum Beginn des Finanzjahres um eine Million täglich gewachsen. Die Steigerung für Munition dauere die ganze Zeit über an und sei jetzt ebenso bedeutend, wie in irgend einer früheren Periode. England habe nicht allein an Mannschaften, sondern auch in der Ausrüstung die Überlegenheit. Die gesamten, seit Kriegsbeginn bewilligten Summen hätten im ersten Jahre 862 Millionen, im zweiten 1420, im dritten 1950 betragen, was an Gesamtkrediten seit Ausbruch des Krieges 3732 Millionen Pfund ausmache. (Das sind 1640 Millionen Mk.) Die Vorschüsse an die Verbündeten würden einer Schätzung nach im Finanzjahre eine Gesamtsumme von 890 Millionen erreichen. Er habe alles Vertrauen zur Zukunft. Er wisse nicht, ob die Anleihe ein Erfolg sein werde, aber er könne sagen, daß die Zahl der Zeichnungen sicherlich größer sein werde, als je zuvor, und daß der von der Gesamtheit aufgebrachte Geldbetrag größer sein werde, als er je gewesen sei. Bonar Law schloß: Wir haben einen schweren Weg vor uns, aber weder auf finanziellem Gebiet noch an Mut und Entschlossenheit gibt es für unser Volk ein Zurück, bevor nicht das Ziel erreicht ist, das wir uns gesetzt haben. — Die Kreditvorlage wurde einstimmig angenommen.

„Daily Chronicle“ schreibt im Anschluß an die Erklärung des Schatzkanzlers Bonar Law, es wird nach dem Krieg die Pflicht jeden Engländer sein, sparsamer und einfacher zu leben und mehr zu arbeiten. Wir müssen solche Friedensbedingungen stellen, daß wir uns jegliche Lasten aus dem Kriege, den wir nicht wünschten und nicht verursachten, ersparen. Wir haben den Krieg gewiß nicht angefangen, um etwas zu erhaschen, aber wir können es uns auch nicht mehr leisten, mit leeren Händen daraus hervorzugehen.

Rußland.

— Verhaftungen. Amlich wird aus Petersburg gemeldet, daß elf Mitglieder der Arbeitergruppe des Zentralausschusses für Kriegsmaterial in Petersburg verhaftet wurden unter der Anschuldigung, daß sie zu der revolutionären Partei gehören, die Rußland in eine sozialdemokratische Republik umzuwandeln beabsichtige. Auch andere Arbeiter wurden verhaftet, weil sie beabsichtigten, Massenversammlungen und Ausschreitungen zu organisieren.

Volksernährung

Die Notlage der großstädtischen Bevölkerung.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission hat, wie der „Vorwärts“ berichtet, bei den zuständigen Behörden Schritte getan, um eine allgemeine Erhöhung der Lebensmittelrationen für die gesamte Bevölkerung zu erreichen. Die Betreibung dieser Angelegenheit wurde in die Hände einer Kommission gelegt, die aus den Genossen Glöck, Körsten und Giering besteht. Diese Kommission wohnte kürzlich einer Sitzung bei, an der der Reichskanzler, der Präsident des Kriegsernährungsamts sowie andere Vertreter von Reichs- und Staatsbehörden und die Oberbürgermeister von Berlin und den Vororten teilnahmen. Ueber den Verlauf dieser Sitzung wurde in einer Versammlung der Gewerkschaftskommission Bericht erstattet. Die Vertreter der Gewerkschaften haben in der Sitzung mit den Behörden ihre Forderung damit begründet, daß bei den jetzt gewährten Rationen große Schichten der großstädtischen Arbeiterschaft eine zu knappe Ernährung hätten.

Die Vertreter der Behörden erkannten an, daß sich die großstädtische Bevölkerung tatsächlich in einer Notlage befindet und gaben die Versicherung ab, Abhilfe zu schaffen, soweit dies möglich sei. Den Vertretern der Gewerkschaften wurde die Zusicherung gegeben, daß für die nächsten drei Wochen je 100 Gramm Fleisch pro Kopf mehr als bisher gegeben werden sollen. Inzwischen würde der Bestand an Kartoffeln festgestellt sein. Hoffentlich wird es sich ermöglichen lassen, die Kartoffelration vom 1. März ab wieder auf 7 Pfund pro Kopf und Woche zu erhöhen und dadurch die von den Gewerkschaftsvertretern aufgestellten Mindestforderungen zu erfüllen. So werde man über die schwierige Zeit hinwegkommen.

Die Versammlung nahm den Bericht der Kommission entgegen. An der Diskussion beteiligten sich u. a. Vorstandsmitglieder der größeren Gewerkschaften, die zum Ausdruck brachten, daß die gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse die große Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft begreiflich machen. Man hoffe deshalb, daß die gegebenen Versprechungen erfüllt würden.

Kartoffeln.

Im „Tag“ schildert der Wirkliche Geheime Rat C. U. Graf Kospoth, Mitglied des Herrenhauses, die verschiedenen Ursachen unserer Kartoffelkrise und bekennt bei dieser Gelegenheit:

Der kleine Mann verliert nun nach Möglichkeit seine Vorräte. Er riskiert eine Lippe, und wenn er selbst dafür ein paar Wochen brünnen müßte, verliert er deshalb bei feinesgleichen noch lange nicht Ehre und Reputation, während unsereins als Reserveoffizier den schlichten Abschied bekommt und nach Amerika auswandern kann.

Graf Kospoth macht dann den Vorschlag, jeder Lieferant sollte von 10 000 Zentnern Kartoffeln 1000 Zentner als Saatkartoffeln (also zu erheblich höherem Preis) verkaufen dürfen, und fährt dann fort:

Da müßte so mancher Pöbel Kartoffeln zum Vorschein bekommen sein, der jetzt in der Hoffnung, daß er im Frühjahr 3 bis 6 Mk. pro Zentner mehr bringen würde, nach Möglichkeit verheimlicht wird.

Was sagen dazu die Vertreter der Landwirtschaft?

— Wegen Maßschleibungen verhaftet. Großes Aufsehen erregt die Verhaftung des Inhabers der Malzfabrik Schweinwirth, Kommerzienrat Wilhelm Georg, der vom Untersuchungsrichter in der bekannten Malzschleibungsangelegenheit einem mehrstündigen Verhör unterzogen und dann verhaftet wurde.

— „Prangertafeln“ am Wiener Rathaus. Aus Wien wird gemeldet: Unter großem Aufsehen wurden an den Eingängen des neuen Rathauses die ersten Prangertafeln mit den Namen von Nahrungsmittelwucherern zu beiden Seiten der Vorhalle angeschlagen. Auch in jenen Bezirksrathäusern, wo einzelne der in den Listen vorkommenden Fälle abgeurteilt wurden, ist die Anbringung der Prangertafeln erfolgt.

— Von der Größe der „Geschäfte“ der Frau Kupfer in Berlin gewinnt man erst einen richtigen Begriff, wenn man die Geldbeträge in Betracht zieht, die die Frau bei einer einzigen Bank, der Commerz- und Discontobank, in Umsatz brachte. Sie begann ihre Geschäftsverbindung mit der genannten Bank Mitte März 1916. Die Einzahlungen waren anfangs nur gering, erhöhten sich aber bald derart, daß der Umsatz Ende Juni 1916 schon etwa 242 000 Mk. betrug. Von da ab gewann das Geschäft der Kupfer immer größere Ausdehnung. Der Umsatz vom 1. Juli bis Anfang Dezember stieg auf etwa 2 750 000 Mk. Frau Kupfer zehnete 50 000 Mk. der fünften Kriegsanleihe und ließ diese Papiere wieder beliehen, ebenso verkaufte sie gelegentlich Kriegsanleihen, die ihr von den Kunden in Zahlung gegeben wurden. — Aus Wien wird berichtet, daß ein dortiger Großindustrieller sich an den Geschäften von Frau Kupfer mit großen Summen beteiligt hat.

Danziger Nachrichten

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Zur Durchführung der von der Generalversammlung am 5. Februar zur Festlegung der organisatorischen Einheit der Partei mit großer Mehrheit gefaßten Beschlüsse beruft der Vorstand für den 2. Bezirk am Donnerstag, den 22. Februar, und für den 8. Bezirk am Montag, den 26. Februar, je eine Bezirksversammlung ein. Beide finden im Lokale Fischmarkt 6 statt. Zutritt haben, wie die heutige Anzeige hervorhebt, nur Angehörige der Sozialdemokratischen Gesamtpartei, nicht aber solche, die sich zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft oder einer anderen Oppositionsgruppe zählen.

Was ist der Abkehrschein?

Diese Frage ist jetzt für jeden Arbeiter wichtig. Sie hat auch schon in den Verhandlungen der Danziger Schlichtungskommission eine praktische Rolle gespielt.

Nach § 9 des Hilfsdienstgesetzes darf niemand einen Hilfsdienstpflichtigen in Arbeit nehmen, der bei einem Betrieb, der für Zwecke der Kriegführung oder der Volksernährung Bedeutung hat, beschäftigt ist oder in den letzten zwei Wochen beschäftigt war, sofern der Hilfsdienstpflichtige nicht eine Bescheinigung seines letzten Arbeitgebers darüber beibringt, daß er die Beschäftigung mit dessen Zustimmung aufgegeben hat. Für diese Bescheinigung hat sich die Bezeichnung „Abkehrschein“ eingebürgert und zwar weit in den Bezirken einiger Armeekorps, in denen seither ähnliche Einrichtungen schon bestanden (z. B. in Berlin), die Bescheinigung diesen Namen amtlich besaß.

Die Unternehmer fassen die angeführte Bestimmung des Hilfsdienstgesetzes so auf, daß sie das Recht hätten, einem Hilfsdienstpflichtigen die Herausgabe aller Legitimationspapiere zu verweigern. Das ist natürlich ein Irrtum. Wie unzweifelhaft aus den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes hervorgeht, ist der Abkehrschein eine besondere, von den anderen Legitimationspapiere getrennte Bescheinigung, die lediglich nur die Angaben enthält, daß der Arbeiter die Beschäftigung mit Zustimmung des Arbeitgebers aufgegeben hat. Der Unternehmer ist daher auf keinen Fall berechtigt, die Ausfertigung eines Zeugnisses zu verweigern, wie es in § 630 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, §§ 113 und 127 der Gewerbeordnung und §§ 73 und 80 des Handelsgesetzbuchs vorgesehen ist. Dieses Zeugnis muß mindestens über Art und Dauer der Beschäftigung Auskunft geben. Der Beschäftigte kann aber auch verlangen, daß in dem Zeugnis Angaben über seine Führung und seine Leistungen gemacht werden. Wird dies nicht verlangt, so darf der Unternehmer auch darüber nichts angeben. Ebensovienig darf der Unternehmer die Herausgabe der Invalidentkarte verweigern. Die Reichsversicherungsordnung enthält die ausdrückliche Bestimmung in § 1425, daß niemand ein Quittungsblatt wider den Willen des Inhabers zurückbehalten darf. Alle diese Bestimmungen sind durch das Hilfsdienstgesetz nicht aufgehoben worden.

Weigert sich der Arbeitgeber, den vom Hilfsdienstpflichtigen verlangten Abkehrschein auszustellen, so steht diesem die Beschwerde an den Ausschuss zu, der für den Bezirk jedes Bezirkskommandos gebildet worden ist. Erkennt der Ausschuss nach Untersuchung des Falles an, daß ein wichtiger Grund für das Ausschneiden vorliegt, so stellt er eine Bescheinigung aus, die in ihrer Wirkung die Bescheinigung des Arbeitgebers ersetzt. Ein ohne den Abkehrschein oder eine entsprechende Bescheinigung des Ausschusses abgegangener Arbeiter kann von jedem Arbeitgeber in Beschäftigung genommen werden, wenn mehr wie zwei Wochen vergangen sind. Weigert sich der Arbeitgeber, ein Zeugnis auszustellen, wie es der Beschäftigte auf Grund der anderen oben erwähnten Befehle fordern kann, so sind die sonst hierfür zuständigen Gerichte anzurufen, also in der Regel das Gewerbegericht oder Kaufmannsgericht, im übrigen das Amtsgericht. Behält der Unternehmer die Invalidentkarte zurück, so ist die Polizeibehörde anzurufen. Diese nimmt nach § 1425 Reichsversicherungsordnung dem Unternehmer die Karte ab und händigt sie dem Berechtigten aus. Hat der Beschäftigte durch das widerrechtliche Zurückbehalten des Arbeitszeugnisses und der Invalidentkarte nachweislichen Schaden, so muß ihn nach wie vor der Unternehmer ersetzen.

Zur praktischen Wirkung des Hilfsdienstgesetzes

Der Schlichtungsausschuss für das Kriegsamt im Bezirk Danzig tagte am 9. Februar zum erstenmal. Die Arbeiterschaft Danzigs hatte sich bereits vor dem Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes mit einer Eingabe an das Stellvertretende Generalkommando gewandt, um eine Kommission zu schaffen, welche Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer schlichten sollte. Auf sozialem Gebiete könnten dadurch den heutigen Zeitverhältnissen entsprechende Verbesserungen geschaffen werden. Bisher war der Arbeiter tatsächlich im allgemeinen so gut wie schutzlos. Man mußte häufig glauben, daß auch über die Einberufung zum Heeresdienst nicht die Militärbehörde, sondern der Arbeitgeber oder dessen Beauftragter entschied. Die Drohung mit dem Schützengraben war das beliebte Schlagwort derer, die den Ernst der heutigen Zeit

nicht erfassen konnten oder wollten. Unter diesen Verhältnissen ist es sehr verständlich, wenn es hier heute noch Betriebe gibt, die trotz der enorm gestiegenen Ausgaben für Lebensmittel genaugen die selben Löhne und Akkorde zahlen, wie vor dem Kriege. Einzelne Firmen zahlen allerdings hin und wieder Leuerungszulagen usw. Mit dem Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes hat sich manche Fessel gelockert. Das rechtlich bisher in der Luft schwebende Arbeitsverhältnis der Abkommandierten und Reklamierten ist in erträglichere Formen gebracht. Sie sind nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes aus dem Heeresverbande ausgeschlossen und dem Hilfsdienstgesetz unterstellt. Es ist nun kein Wunder, wenn die zahlreichen Arbeiter, die nach hier zur Arbeit verschlagen sind, deren Familien jedoch in anderen Industrieorten Deutschlands wohnen, das Bedürfnis haben, nunmehr auch in ihrem Wohnort Kriegsdienstleistungen zu verrichten. Ein möglichst schneller Ausgleich könnte viel Gutes stiften. Hier vermittelnd eingzugreifen, ist Aufgabe des Schlichtungs-Ausschusses. In der ersten Sitzung waren folgende Fälle zu entscheiden:

Der Schlosser B. klagte um Ausstellung des Abkehrscheins, den ihm die Kaiserliche Werft verweigerte. Seine Familie wohnt in Hannover. Außer dem Fortschritt, wieder mit seiner Familie zusammen wohnen zu können, hat er dort auch die Möglichkeit eines höheren Verdienstes. Da B. auf der Werft eine sechsmonatliche Kündigungsfrist hat — und die Kündigungsfrist durch das Hilfsdienstgesetz nicht aufgehoben wird — mußte der Abkehrschein vor der Hand abgelehnt werden.

Der Schlosser A. verlangte den Abkehrschein, den ihm die Königliche Gewehrfabrik verweigerte. A., der nicht persönlich anwesend war, machte geltend, daß er in der Zeit vom 11. Dezember bis 1. Januar nur 126 Mk. verdient hat. Mit diesem Verdienst könne er nicht seine Frau und 8 Kinder im Rheinland unterhalten. Auch wies er durch Sterbeurkunde nach, daß seine Frau vor einigen Tagen gestorben sei. Außerdem könne er in der dortigen Kriegsindustrie Arbeit annehmen bei einem Tagesverdienst von 8—10 Mark. Demgegenüber machte der Betrieb geltend, daß A. deshalb so wenig verdient habe, weil er ein minderwertiger Arbeiter sei, der nicht genügend leiste. Die Königliche Gewehrfabrik verweigerte trotzdem den Abkehrschein, weil sonst die Anzahl der herzustellen den Gewehre stark gefährdet sei. Der Ausschuss lehnte den Beschluß auf acht Tage aus, um festzustellen, ob die von A. beabsichtigte Arbeit auch Kriegsarbeit ist.

Der Schlosser W. verlangte den Abkehrschein, den ihm die Firma F. Schöbau verweigerte. W. hatte einen Wochenlohn von 22 Mark. Er hat das Kriegsamt sofort angerufen und stellte sich, entsprechend den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes, der Firma bis zur Entscheidung zur Verfügung. Sie war auch bereit, ihn wieder einzustellen, jedoch nur gegen Zahlung eines Wochenlohnes von 20 Mark, was W. natürlich ablehnte. Die Firma machte geltend, daß W. seine Entlassungspapiere erhalten habe. Von der Kündigung einer besonderen Bescheinigung — Abkehrschein — im Sinne des § 9 Absatz 1 des Gesetzes habe sie keine Kenntnis. Nach ihrer Ansicht genüge der Entlassungsschein. Die Ansichten der Schlichtungskommission gingen in dieser Beziehung auseinander. Es entstand Zweifel, ob der Abkehrschein eine besondere Bescheinigung neben der sonst üblichen Entlassungsbescheinigung ist. Die Kommission sprach dann dem Kläger den Abkehrschein zu. Die Ausstellung einer besonderen Bescheinigung wurde jedoch nicht vorgenommen. W. erhielt nur auf der Entlassung den Vermerk des Vorsitzenden, daß der Entlassungsschein als Abkehrschein gelte. (Nach unserer Ansicht ist dieses Verfahren nicht praktisch und entspricht auch nicht den gesetzlichen Bestimmungen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß der Abkehrschein auf einem besonderen Blatte geschrieben werden soll. Die Schriftleitung.)

Der Dreher Jul. B. verlangt den Abkehrschein, den ihm die Königliche Gewehrfabrik ablehnte. B. machte geltend, daß er mit einem Wochenverdienst von 50 Mark sich und seine in Hamburg wohnende Familie nicht ernähren könne. Demgegenüber sagte die Betriebsdirektion, daß B. ebenfalls ein minderwertiger Arbeiter sei, andernfalls müßte er mehr verdienen. Zur weiteren Klarstellung wird die Sache um acht Tage vertagt.

Stredung der Kohlenvorräte.

Zur Bekämpfung des Kohlenmangels hat die Kommandantur der Festung Danzig durch eine auch in dieser Nummer wiedergegebene Bekanntmachung das öffentliche Leben erheblich einschränkende Vorschriften erlassen. Zunächst sind das Wilhelmtheater und sämtliche Kinos vom 15. Februar bis zum Schluß des Monats zu schließen. Ferner dürfen vom 15. Februar bis einschließlich den 15. April sämtliche privaten Kontore nur von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr abends geöffnet sein; sämtliche Personenstraßen müssen stillgelegt werden. Die Gastwirtschaften dürfen nur die Hälfte ihrer Räume im Betriebe halten. Alle offenen Verkaufsstellen, mit Ausnahme der Lebensmittel- und Zigarrenläden, müssen an Sonntagen unbedingt geschlossen bleiben.

Für die offenen Läden führt diese Verordnung, abgesehen von den beiden Ausnahmen, die völlige Sonntagsruhe ein. Für die privaten Kontore ist dadurch, wenn man bei durchgehender Arbeitszeit eine Stunde für Pausen abrechnet, die 8-stündige Beschäftigungszeit durchgeführt. Für die Bureaus der Gewerkschaften und der Partei gilt übrigens die neue Beschränkung nicht.

In anderen Städten ist man schon vor einiger Zeit dazu übergegangen zur Kohlenersparnis den Schulbetrieb zu verringern. Auch für Danzig ist die Schließung der Schulen für einige Zeit in Aussicht genommen.

Soziale Steuern.

Die Frage Ausbringung des durch den Krieg nothwendig gewordenen Steuerbedarfs interessiert jetzt selbstverständlich die weitesten Kreise. Am 12. Februar sprach über das Thema: Grundrücksichtes zu den Steuerfragen der Zukunft der bekannte Bodenreformer Pohlmann aus Detmold in einer Versammlung, die vom Bund der technisch-industriellen Beamten und mehreren anderen technischen Verbänden veranstaltet worden war. Der Redner erörterte die verschiedenen Möglichkeiten der Ausbringung der kommenden Staats- und

Kommunalbedürfnisse. Er forderte eine größere Berücksichtigung der unteren Familien bei der Einkommensteuer. Die Erbschaftsteuer müsse er erheblich ausgebaut und eine höhere Verzinsung als Erben ganz ausgeschlossen. In der Hauptsache legte er jedoch Wert auf die Besteuerung der Grundwerte. Er forderte Staatsabgaben für den Kohlen- und Kalibergbau, Wiedereinführung der Reichswertwachstumssteuer und die Besteuerung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert. Nach seiner Rechnung würde die allgemeine Besteuerung des Grund und Bodens nach dem gemeinen Wert bei nur 3 vom Tausend der Reichsfläche schon 300 Millionen Mark jährlich bringen. Widerspruch gegen die vorgetragenen Darlegungen zeigte sich nicht. Schließlich wurde einstimmig beschlossen, den Magistrat zu bitten, den vom Reich den Gemeinden überlassenen Teil der Wertwachstumssteuer bedeutend zu erhöhen, damit auch Danzig von der nach dem Kriege allgemein zu erwartenden Steigerung des Bodenpreises einen Nutzen habe.

Der Reichstag erscheint uns etwas sehr hoffnungsfreudig. Schließlich entscheidet über die Frage der städtischen Besteuerung nicht der Magistrat allein. Selbst wenn dieser die notwendigen Sympathien für die Ausdehnung der Wertwachstumssteuer haben würde, so läge das letzte Wort doch bei der Stadtverordnetenversammlung. Und diese hat ja schon vor nicht zu langer Zeit die bessere Wertwachstumsbesteuerung abgelehnt. Erinnert man sich der zuletzt beschlossenen neuen städtischen Steuern, so wird man auch kaum glauben können, daß die Neigung zu sozialen Steuern im Danziger Rathaus stärker geworden ist. Die Frage der sozial-gerechten Besteuerung ist eben keineswegs nur eine steuerrechtliche. Sie ist vielmehr vorwiegend eine Wahlrechtsfrage. Dieser entscheidende Gesichtspunkt wurde in der Versammlung nicht erörtert. Diese Erwähnung soll kein Vorwurf gegen die Versammlung sein. Mindestens von ihren Verantwortlichen legen wir voraus, daß sie sich über die Natur und die Wirkung des städtischen Dreiklassenrechtes keiner Täuschung hingeben.

Beschränkungen des Straßenbahnverkehrs.

Die Direktion der elektrischen Straßenbahn hat seit dem 14. Februar erhebliche Änderungen des Betriebes vorgenommen. Die Linie Ostpa-Bleikau ist überhaupt eingestellt worden. Auf den Strecken Benzgasse-Hauptbahnhof und Danzig-Bröken ist der Verkehr zur Hälfte eingeschränkt worden. Der Fahrplan hat entsprechende Abänderungen erfahren.

Zusammenfluß des Großkapitals.

Das vorwiegend durch die Berliner Großbanken vertretene Großkapital rüft schon jetzt kräftig für die Zeit nach dem Kriege. Von einer direkten Betätigung der Großbanken konnte man im deutschen Osten bisher nicht reden. Das soll nun gründlich anders werden. Die führende Großbank, die Deutsche Bank, schließt sich in der nächsten Zeit mit dem Schlesischen Bankverein in Breslau und der Norddeutschen Creditanstalt in Königsberg zusammen. Mit der Übernahme dieser beiden Institute erlangt die gewaltige Deutsche Bank die wirtschaftliche Herrschaft über den gesamten Osten Deutschlands. Der Schlesische Bankverein hatte sein Wirkungsgebiet vornehmlich in Schlesien

und Posen, die Norddeutsche Creditanstalt dagegen in Ostpreußen, Westpreußen und Pommern. Eine Zweigstelle der Norddeutschen Creditanstalt befindet sich auch in Danzig. Durch die Verschmelzung wird Konrad Knuth, Obervorsteher der hiesigen Kaufmannschaft, in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank übernommen. Welche kapitalistische Zusammenballung die Auffassung der beiden Banken durch die Deutsche Bank bedeutet, zeigt das Kapital, das sie repräsentieren. Die Creditanstalt besitzt ein Aktienkapital von 24 Millionen Mark; der Bankverein dürfte über 20 Millionen Mark verfügen. Die Deutsche Bank erhöht ihr Aktienkapital zum Zweck der Verschmelzung um 25 Millionen Mark auf insgesamt 275 Millionen Mark. Mit diesem Kapital und ihren 180 Millionen Mark Reserven ist sie der führende Riese der deutschen Banken. Nur im ersten Kriegsjahr 1914 sank ihre Jahresdividende auf 10 Prozent. Im Jahre 1915 erreichte sie, trotz außerordentlich großer Abschreibungen, bereits wieder die Friedensdividende von 12 1/2 Prozent.

Durch diese Auffassung der beiden östlichen Banken ist ein neues wirtschaftliches Element in unserem Osten und auch nach Danzig eingeführt. Diese großkapitalistischen Kräfte interessieren vor allem aber auch die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. Beide können daraus sehr viel lernen. Vor allem aber, daß absolut geschlossene Einigkeit nach dem Kriege das dringendste Gebot der Selbsterhaltung der Arbeiterklasse sein muß.

Der Reichstagsabgeordnete Weinhausen

hat eine neue Würde erhalten. Die Zentralleitung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften soll schon lange gewünscht haben, im Reichstage durch einen erfahrenen Sozialpolitiker vertreten zu sein. Dieser Wunsch fand jedoch bei den Reichstagswahlen keine Erfüllung. Deshalb wendete sich der Zentralrat an Abgeordnete der ihm politisch nahestehenden Parteien mit dem Ersuchen, die Gewerkschaften ebenfalls zu vertreten. Der Abgeordnete der Danziger Fortschrittspartei hat nun diese gewiß äußerst seltene Aufgabe übernommen. Er will jetzt, nach Verständigung mit der Leitung der Gewerkschaften, ehrenamtlich auch als parlamentarischer Anwalt der Gewerkschaften auftreten.

Hausbesitzer und Kriegerheimstätten.

In der am 9. Februar abgehaltenen Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins wendete sich Stadtv. Ehm gegen die Bestrebungen der Bodenreformer und die Bewegung zur Schaffung von Kriegerheimstätten. Er machte den Bodenreformern den vom Standpunkt des Allgemeinwohls außerordentlich seltsamen Vorwurf, daß sie den Privatgrundbesitz schädigten, weil sie die Gemeinden veranlaßten, viel Boden zu erwerben und zu bebauen. Diesen Angriffen schloß sich auch der Stadtv. Bauer, der Vorsitzende des Vereins, an. Beide wünschten den Kriegern alles Gute, bezweifelten jedoch, daß man für sie genügend billige Heimstätten schaffen könne, und rieten deshalb den Gemeinden zur Vorsicht. Der neugewählte Stadtv. Siebenfreund trat diesen Ausführungen entgegen und wies die praktische Möglichkeit der Kriegerheimstätten nach. — Die Angriffe der Führer der organisierten

Hausbesitzer gegen den Schutz der Mieter und Krieger durch die Gemeinden sind sehr verständlich. Vor allem werden diejenigen begreifen, denen Wohnungen immer wieder weg von ihrer Kinder von den privaten Hausbesitzern verweigert werden. Danach bemißt sich auch der Wert, den die ablehnende Haltung der Führer des Hausbesitzervereins in sachlicher Hinsicht besitzt. Es wäre auch völlig zwecklos, den dort mitgehenden Herren eine Neuorientierung zu empfehlen.

*** Außerordentliche Unterstützung.** Nach § 12 der Bundesratsverordnung vom 3. Dezember 1916 erhalten die Familien der aus dem Heeresdienst entlassenen Mannschaften nach dem Tode der Entlassung noch eine halbmönatliche Rate als außerordentliche Unterstützung. Diese Unterstützung tritt am 1. Dezember 1916 in Kraft getreten. Als Zahlungstage gelten der 1. und 16. jeden Monats. Die Auszahlung dieser Unterstützung erfolgt seitens der Magistrate und Gemeindevorsteher ohne besonderen Antrag. Beispiel: Ist ein Kriegsteilnehmer am 17. Januar 1917 entlassen, so hat seine Familie noch auf die Auszahlung einer halbmönatlichen Rate am 1. Februar 1917 Anspruch. Ist die Entlassung am 11. Februar 1917 erfolgt, so wird noch am 16. Februar die zweite Rate für den Monat Februar gezahlt.

*** Wegen des gemeinschaftlichen Trinkzwang in Gast-, Speise- und Schankwirtschaften** wendet sich der Präsident des Kriegsernährungsamts in einem Rundschreiben an die Bundesregierungen. Es heißt u. a. darin: „In Gast-, Schank- und Speisewirtschaften wird vielfach die Abgabe von Speisen davon abhängig gemacht, daß der Gast Getränke, namentlich Bier oder Wein, genießt, oder ein Aufschlag erhoben, wenn diese Bedingung nicht erfüllt wird. Dieses im Auslande unbekannte Verfahren wird vielfach mit Recht als gemeinlich und insbesondere auch als mit den Forderungen der Kriegszeit nicht in Einklang stehend empfunden. Es führt zu einer Vergeudung von Bier und Wein und zu einer Verteuerung der Speisen für den Verbraucher. Der bei der vielfach sehr beträchtlichen Erhöhung der Bier- und Weinpreise gezwungen ist, für Genußmittel, auf die er häufig gern verzichtet, Geld aufzuwenden, das er sonst für Beschaffung von Speisen und Nahrungsmitteln verwenden könnte. Ich würde es für erwünscht halten, daß da, wo sich Mißbräuche auf diesem Gebiete zeigen, von den örtlichen Verwaltungsstellen eingeschritten würde. Die Vorschriften der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 in der Fassung vom 4. November 1915 geben dazu die geeignete Handhabe. Auf Grund dieser Vorschriften würde beispielsweise verboten werden können, die Abgabe von Speisen in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften davon abhängig zu machen, daß der Gast Getränke entnimmt, oder den Preis für Speisen für den Fall zu erhöhen, daß der Gast Getränke nicht genießt.“

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur A. Bartel Danzig.
Verlag Volkswacht 3 Geb. u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H. Königsberg i. Pr.

Bekanntmachung.

Auf Einschränkung des Kolienerbrauchs wird auf Grund des § 9b des Gesetzes vom 4. Juni 1881 im Interesse der öffentlichen Sauberkeit folgendes bestimmt:

1. Öffentliche Urspiegelhallen in der Stadt Danzig sowie des Danziger Wilhelm-Theater sind auf die Dauer vom 15. Februar 1917 einschließlich bis zum 28. Februar 1917 einschließlich zu schließen.
2. Auf die Dauer vom 15. Februar 1917 einschließlich bis 15. April 1917 einschließlich sind im Bereiche der Stadt Danzig an sämtliche Personenschleppbahnen stillzulegen.
3. In Gastwirtschaften, die bisher zwei oder drei Räume in Betrieb hatten, die Räume auf einen, in Gastwirtschaften, die bisher mehr als drei Räume in Betrieb hatten, die Räume auf die Hälfte der bisherigen Zahl zu beschränken.
4. Die Betriebe sämtlicher privaten Kantinen von 5 Uhr abends bis 8 Uhr morgens zu schließen.
5. An den Sonntagen alle öffentlichen Verkaufsstellen, ausgenommen Lebensmittel- und Zigarrenläden, ohne Unterbrechung geschlossen zu halten.
6. Maßnahmen von der Bestimmung unter Ziffer 2c bemißigt die Kriegsernährungsstelle.
7. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu einem Jahr, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Gefängnis bis zu 1500 Mk. bestraft.

Danzig, den 12. Februar 1917.
Der Kommandant der Festung Danzig.
v. Pfuel.

Uhren
mit 3jähriger schriftl. Garantie
Große Auswahl
in silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren
Reparaturen in allen Preislagen
S. Lewy Nflgr.
Uhrmacher, nur Breitgasse 28.

Edel
geladellen
garantiert
Schnupftabak riecht
Julius Gosda, Rohstoffgroßhandlung
und Schnupftabakfabrik
Danzig, Ede Häfertgasse 3 u. 2, Bierberggasse 5, Fernspr. 2428

Patente, Erfindungsideen arbeitet aus u. vorverarbeitet
Alb. Weilm., Zapfstr. 24, strasse 25, 11.

Arbeiter-Gesangverein Sängergross
Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes
Dirigent: Herr Hanke
Sonntag den 25. Februar 1917 in der „Ostbahn“ (Mathesius) Ohra:
Gesang - Theater - Konzert
Frauen-, Männer- und gemischte Chöre
Herrmann und Dorothea
Opern, Operetten
Lieder
Gediegenes Programm
Beginn 4 Uhr :: Karten im Vorverkauf 50 Pf. i. Zigarrengeschäft Sellin, Schüssekdamm, in der Buchhandlung Volkswacht. An der Kasse 75 Pf. Mitglieder frei. Kinder 20 Pf.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ordnungsverwaltung Danzig
Sonntag den 18. Februar 1917
im Saale der Wimme **Stoppahn, Schibijs,**
Karlshäuserstraße
Theater-Abend
Beginn 8 Uhr
Eintritt 50 Pf.
Beginn 6 Uhr
Vorverkauf 40 Pf.
Um zahlreichen Besuch unserer Mitglieder und deren Angehörigen ersucht
Die Ordnungsverwaltung, J. A.: Rich. Jöpel.

Wochenplan des Danziger Stadttheaters.
Montag, den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr: „Der Schind der Nabanna“, Oper von F. Wolf-Ferrari.
Dienstag, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr: „Ramecaben“, Komödie von August Strindberg. (Zum 1. Male)
Mittwoch, den 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr: „Der Wildschütz“, Komische Oper von Vorjüng.
Donnerstag, den 22. Februar, abends 7 1/2 Uhr: „Der Krieger der Hölle“, von Richard Wagner.
Freitag, den 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr: „Der Zigeunerbaron“, Operette von Joh. Strauß.
Samstag, den 24. Februar, abends 7 1/2 Uhr: „Der Weinschäuber“, Volksstück von L. Anzengruber.
Sonntag, den 25. Februar, mittags 11 1/2 Uhr: III. Symphoniekonzert, Dirigent: Kapellmeister F. W. Schwarz, mit bedeutend verstärktem Orchester. — Nachmittags 3 Uhr „Fr. Müllers“, Lustspiel von G. Arrango — Abends 7 1/2 Uhr: „Die Geadasföhrerin“, Operette von Kalman.

Sozialdemokrat. Verein Danzig Stadt
Donnerstag, den 22. Februar 1917, abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Lokale des Gen. Kolmann, Fischmarkt 6.
Tagesordnung: 1. Ausführung der Beschlüsse der Generalkonferenz vom 5. Februar. 2. Vereinsangelegenheiten.
Montag, den 26. Febr., abends 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung i. d. S. Beizel im demselben Lokal mit gleicher Tagesordnung.
Zu diesen Versammlungen haben Personen, die zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft oder einer anderen Oppositionsgruppe gehören, keinen Zutritt. 32] Der Vorstand. J. A.: E. Sellin.

Trauer-
Hüte
in
reicher
Auswahl.
Julius
Goldstein
zu billigsten
Preisen.
Tawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle.

M. 15. — bis M. 20. — können Sie wöchentlich verdienen.
Streblame Personen finden dauernd angenehme Arbeit im Hause.
22. Verlangen Sie postfrei und kostenlos Auskunft von uns.
Strumpfwarenfabrik Waterstadt & Co., Hamburg 36, Albrechtshof.

Gelesene Nummern der Volkswacht werie man nicht achlos fort, sondern lasse sie mit den Sammelenden zusammen.